

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 9 · 44. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 16.10.2013

Sparsam?

Der Haushaltsplan für das Jahr 2014 liegt als Entwurf auf dem Tisch. 62,3 Mrd. Euro will die Regierung ausgeben und dabei doch sparen. Ob ihr das gelingt, wird im Plenum kontrovers diskutiert.

S. 6-8

Hilfreich?

Ähnlich wie beim Länderfinanzausgleich sollen auch innerhalb des Landes NRW stärkere Kommunen den schwächeren helfen. Gute Idee oder Überforderung für viele Gemeinden, die selbst knapp bei Kasse sind?

S. 3

Gefährlich?

Einbrüche zerstören das Sicherheitsgefühl, das mit dem eigenen Zuhause verbunden ist. Auch der wirtschaftliche Schaden ist oft erheblich. Der Landtag diskutiert mit Fachleuten über Maßnahmen.

S. 15

Festlich!

25 Jahre Landtag am Rhein – von einer kühnen Idee zum Haus der Bürgerinnen und Bürger, das nun ein Vierteljahrhundert alt ist. Ein besonderes Gebäude, ein besonderer Geburtstag, ein gelungenes Fest!

S. 18

Kommunal-Soli:

Sündenfall oder Solidarität?



Umstrittener Martinismantel

Wir nutzen Straßen und Plätze, fahren mit Bussen und Straßenbahnen, freuen uns über Grünanlagen, ertüchtigen uns in Schwimmbädern und Sportanlagen, bilden uns in Büchereien, Museen und Theatern: alles unterhalten von Kommunen. In Zeiten klammer Kassen kann – zum Leidwesen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger – das ein oder andere gestrichen werden. Vieles darf aber gar nicht wegfallen. Hierzu gehört ein ganzer Katalog von der Abwasserbeseitigung über die Bauleitplanung, den Feuerschutz, die Anlage und den Unterhalt von Kindergärten und Horten, die Schulträgerschaft bis hin zu Friedhöfen. Und eine standesamtliche Trauung soll schließlich auch im würdigen Rahmen stattfinden.

Vieles von dem, was Kommunen leisten, ist auf den ersten Blick nicht unbedingt ersichtlich. Aber ohne das oben geschilderte Angebot wäre einiges in unserem täglichen Leben so nicht zu leisten. Es ist also ein Fundament, auf dem unsere Gesellschaft sowie die großen und die kleinen Unternehmen funktionieren können. Es schafft und sichert also direkt und indirekt auch eine nicht zu unterschätzende Zahl an Arbeitsplätzen.

Damit wird klar: Zum Nulltarif ist der Service der Städte und Gemeinden nicht zu haben. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Gegebenheiten der einzelnen Kommunen verbieten sich pauschalisierende Rechnungen, aber eins ist gewiss: Über Gebühren und Abgaben allein lassen sich die geschilderten Dienstleistungen nicht bezahlen.

Der größte Teil kommunaler Haushalte wird jährlich über die Zuweisungen des Landes gedeckt; für das Jahr 2014 sind hier 9.378 Mio. Euro vorgesehen.

SOLIDARITÄT? EIGENVERANTWORTUNG?

Trotzdem sind – aus verschiedenen Gründen – die Kassen vieler Gemeinden seit Jahren leer. Gemäß dem Stärkungspaktgesetz sollen gerade sie bis zum Jahr 2020 Konsolidierungshilfen von insgesamt 3,5 Mrd. Euro erhalten. Hierzu sollen die vergleichsweise vermögendere Kommunen von 2014 bis 2020 jährlich 181,6 Mio. Euro beitragen. Die Landesregierung schlägt vor, diese Summe über eine Solidarumlage der „reicherer“ für die ärmeren Gemeinden aufzubringen.

Dass letztere ihre Schulden loswerden sollen und müssen, ist politisch weitgehend unumstritten. Umstritten ist dagegen, wie so oft, der Weg. Wie viel Solidarität einerseits, wie viel Eigenverantwortung andererseits darf und muss eingefordert werden? Oder mit Blick auf die baldigen Laternenumzüge: Wie viel vom Martinismantel darf der Arme erhoffen, bevor auch St. Martin selbst friert?

Eine Antwort auf diese Frage sucht der Landtag – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Sparzwänge des Landes. Die Lösungsansätze fallen unterschiedlich aus, wie der Schwerpunkt dieses Heftes zeigt. CW



Schwerpunkt: Haushalt

| | |
|--|--------------|
| Biss in den sauren Apfel? | 9 |
| Schlag auf Schlag | 10-11 |
| Streit über Finanzspritze | 13 |

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

| | |
|--|------------|
| Umwelt: Verbessert oder verschärft? | 3 |
| Kommunales I: Landtag ändert Kommunalwahlgesetz ... | 4 |
| Kommunales II: Freier Eintritt in den Rat | 4 |
| Wirtschaft: Keine Bürgschaft für newPark | 5 |
| Haushalt: Das Jahr 2020 fest im Blick | 6-8 |
| Gemeindefinanzierung | 8 |

Aus den Ausschüssen

| | |
|--|--------------|
| Meldungen | 14 |
| Inneres: Den Einbrechern auf der Spur | 15 |
| Gesetzgebung | 12 |
| Aus den Fraktionen | 16-17 |
| Portrait: Sigrid Beer (Grüne) | 18 |
| Impressum | 18 |
| Festakt: Heiter bis fröhlich | 19 |
| Termine | 20 |



Verbessert oder verschärft?

Verordnung zur Kanalprüfung im Plenum umstritten

25. September 2013 – Die Prüfung privater Abwasserkanäle erhitzt wieder die Gemüter. Nach Verabschiedung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen im Februar legte die Regierung nunmehr eine Verordnung zur Durchführung der Regelung vor (Drs. 16/4030). Ob diese für die Betroffenen eine klarstellende Verbesserung oder eine unbegründete Verschärfung darstellt, darüber gingen im Landtag die Meinungen von Regierungs- und Oppositionsfractionen weit auseinander. Die FDP sah in einem Antrag jedenfalls die „Wiedereinfuhr des Generalverdachts durch die Hintertür“.

Die Verordnung zum Thema Dichtheitsprüfung sei wiederholter Wortbruch, kritisierte **Henning Höne** (FDP) die Landesregierung. Er erinnerte daran, dass Ministerpräsidentin Kraft im Wahlkampf eine bürgerfreundliche Lösung versprochen habe. Die Regierung stelle alle diejenigen, die in einem Wasserschutzgebiet wohnen, unter Generalverdacht. Außerhalb von Wasserschutzgebieten müsse nach einer Erstprüfung alle 30 Jahre eine Folgeprüfung stattfinden, ohne dass ein begründeter Verdacht vorliege. Höne forderte, die Verordnung zurückzuziehen, sonst sei dies Wortbruch gegenüber den Hausbesitzerinnen und -besitzern.

Die FDP habe ihre eigene Dichtheitsprüfung nicht bestanden, erwiderte **Norbert Meesters** (SPD). Die Verordnung gebe genau das wieder, was im Gesetz schon beschlossen worden sei. Dieses wiederum sei bürgerfreundlich und verhältnismäßig. So habe man nur für Häuser in Wasserschutzgebieten eine landesrechtliche Frist für Erstprüfungen vorgeschrieben. Und für Wiederholungsprüfungen gelte normalerweise eine Frist von 20 Jahren; hier habe man 30 Jahre gewählt. Es gebe also keinen Generalverdacht, betonte der SPD-Sprecher. Der Antrag der FDP sei unlogisch und faktenfalsch und damit anzulehnen, so Meesters.

„Was hier passiert, ist keine Klarheit, sondern weiterer Bürokratismus und weiterer Aufbau von Rechtsunsicherheiten“, widersprach **Josef Hovenjürgen** (CDU) seinem Vorredner. Die Kommunen würden es ausbaden müssen, da die Regierung sich weigere, die Dinge deutlich zu regeln. Sie habe vielmehr auf Drängen der GRÜNEN ein undurchsichtiges Werk vorgelegt, aus dem die Betroffenen nicht entnehmen könnten, ob sie gemeint seien oder nicht. Es stelle sich die Frage, wie Trinkwasser gegen eine bislang nicht belegte Gefährdung überhaupt geschützt werden könne, da die Schutzzonen ja nur oberirdisch verliefen.

Stadtwerke und Kommunen warteten darauf, dass das im Februar beschlossene Gesetz vollziehbar werde, betonte **Hans Christian Markert** (GRÜNE): „Nichts anderes will diese Verordnung.“ Hinsichtlich des Vorwurfs der Festlegung von 30 Jahren erläuterte Markert: Ohne diese Regelung gälte eine DIN-Vorgabe, die eine Wiederholungsprüfung nach 20 Jahren vorsehe. Denn immerhin verweise das Wasserhaushaltsgesetz auf den Stand der Technik, und dieser werde durch DIN-Normen beschrieben. Daher müsse man eine Regelung aufnehmen. Den „Skandalisierungsreflex“ der FDP fand er von daher nicht begründet.

Die Befürchtungen, die Regierung wolle das bei Verabschiedung etwas entschärfte Gesetz durch die Rechtsverordnung wieder verschärfen, bewahrheiteten sich jetzt, meinte **Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN). Dabei gebe es keine Hinweise auf ein Gefahrenpotenzial: „Nach wie vor geht von den undichten privaten Anschlussleitungen, die Tag und Nacht, tagein, tagaus, überwiegend trocken liegen, keine Gefahr für Boden und Grundwasser aus.“ Allerdings äußerte der Piratensprecher den Verdacht, dass marode Fremdwasserleitungen, die den Kommunen Kosten bei der Klärung verursachten, einen Teil des Problems darstellten.

Als „Nebelkerzen“ wertete **Umweltminister Johannes Remmel** (GRÜNE) die Vorwürfe von FDP und CDU. Beim Wasserhaushaltsgesetz habe man es mit einem Bundesgesetz zu tun. Dieses Wasserhaushaltsgesetz sehe eine Pflicht des Eigentümers oder der Eigentümerin vor, die Anlagen dicht zu halten, so dass von ihnen keine Gefährdung für Boden, Wasser und Umwelt ausgehe. Während ihrer Zeit in der Bundesregierung hätten CDU und FDP es nicht geschafft, die notwendige Rechtsverordnung zu erlassen: „Dort liegt die eigentliche Ursache der Unklarheit im Lande und in der Bundesrepublik“, meinte der NRW-Minister. cw

Abgelehnt

Der Antrag der FDP (Drs. 16/4030) wurde mit den Stimmen der rot-grünen Regierungsmehrheit gegen die Stimmen von CDU, FDP und eines großen Teils der Piratenfraktion sowie des fraktionslosen Abgeordneten Stein abgelehnt.

Fotos: Schälte



Henning Höne (FDP) Norbert Meesters (SPD) Josef Hovenjürgen (CDU) Hans Christian Markert (GRÜNE) Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE)



Landtag ändert Kommunalwahlgesetz

25. September 2013 – Der Landtag hat sich erneut mit der kommunalen Demokratie beschäftigt (Drs. 16/3387). In Zukunft schreibt das Kommunalwahlgesetz vor, dass eine erforderliche Wiederholungswahl binnen eines Jahres nach der ursprünglichen Wahl erfolgen muss. Ansonsten gilt sie als Neuwahl, bei der dann auch neue Wählergruppen und Parteien antreten können. Lediglich bei ungültig erklärten Bürgermeister- oder Landratswahlen soll immer gleich eine Neuwahl erfolgen. Zudem kann das vorzeitige Veröffentlichen von Wählernachbefragungen zukünftig als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. Die Frist für konstituierende Sitzungen verlängert sich von vier auf sechs Wochen.

„Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geben wir den Kommunen und ihren Handlungsträgern noch etwas mehr Beinfreiheit und vor allem Rechtssicherheit“, betonte **Lisa Steinmann** (SPD). Das sei wichtig für deren politische Arbeit. Insbesondere mit Blick auf die Stichwahl sowie die Dauer der Wahlperioden für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte habe es Änderungswünsche gegeben.

Als „Reparaturgesetz“ wertete **Peter Biesenbach** (CDU) den vorliegenden Entwurf. Erst am 10. April sei das zugrunde liegende Gesetz zur Stärkung der kommunalen Demokratie in Kraft getreten, und schon müsse die Regierung umfangreich nachbessern. Im Übrigen wies er darauf hin, dass die CDU gegen das ursprüngliche Gesetz gestimmt habe. Von daher sei es nur konsequent, auch die Nachbesserungen abzulehnen.

Bei dem Gesetz gehe es auch um die Zusammenlegung der Wahlen im Jahr 2020, erläuterte **Mario Krüger** (GRÜNE), sowie um damit zusammenhängende Fragen: Inwieweit können Oberbürgermeister- und Ratswahlen gemeinsam durchgeführt werden? Wie könnten Übergangs- und Pensionsregelungen aussehen? „Wenn man das Ganze nicht will, dann ist klar, dass man auch diese Veränderungen nicht will“, meinte er in Richtung CDU.

Die FDP habe schon den ursprünglichen Gesetzentwurf abgelehnt, erklärte auch **Kai Abruszat** (FDP): „Schon der war schlecht.“ Jetzt müsse Rot-Grün den eigenen Gesetzentwurf nachbessern, da er fehlerhaft sei. Dennoch bleibe das Gesetz aus den seinerzeit dargelegten Gründen unzureichend. Es werde insbesondere dem hervorgehobenen Amt der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten nicht gerecht, betonte Abruszat.

Der vorliegende Entwurf entspreche einem Gesetzentwurf der PIRATEN aus dem Jahr 2012, so deren Vertreter **Frank Herrmann**. Auch dieser habe eine Frist definieren wollen, ab wann eine kommunale Wiederholungswahl als Neuwahl gelte. Bislang hätten sich hier aktives und passives Wahlrecht voneinander unterschieden. Herrmann empfahl seiner Fraktion, der nun annähernd erreichten Gleichbehandlung zuzustimmen.

Es sei in der Tat ein Reparaturgesetz, gestand **Innenminister Ralf Jäger** (SPD) zu: „Es repariert das, was Schwarz-Gelb 2005 und 2010 am Wahlrecht verbrochen hat.“ Der Entwurf beweise, dass man Dinge, die gut sind, immer noch besser machen könne, meinte er mit Blick auf das Gesetz von letztem April. Es sei richtig, Anregungen der kommunalen Spitzenverbände und kommunaler Vertreter aufzugreifen. cw

Angenommen

Der Gesetzentwurf (Drs.16/3387) wurde mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP in zweiter Lesung angenommen.

Freier Eintritt in den Rat

26. September 2013 – Bei den Wahlen zu Kommunalparlamenten gibt es derzeit keine Sperrklauseln. Die PIRATEN wollen diesen hürdenfreien Zustand gesetzlich festschreiben (Drs. 16/3838), SPD und CDU sprechen sich hingegen für „moderate“ Sperrklauseln aus. Ihr Argument: je mehr Fraktionen, desto länger die Ratssitzungen. Debatten bis spät in die Nacht seien für berufstätige Ratsmitglieder schwierig.

Rund 15 Prozent der Stimmen seien bei jüngsten Bundes- und Landtagswahlen nicht berücksichtigt worden, kritisierte **Frank Herrmann** (PIRATEN) die 5-Prozent-Hürde. Ein gesetzliches Verbot von Sperrklauseln solle den Bürgerwillen gerade im kommunalen Bereich schützen.

Es sei nicht undemokratisch, eine geringfügige Sperrklausel bei Kommunalwahlen einzuführen, antwortete **Hans-Willi Körftges** (SPD). Er trat dafür ein, sich im Sinne einer effektiven Arbeitsfähigkeit kommunaler Parlamente entsprechende Möglichkeiten offenzuhalten.

Auch **Peter Biesenbach** (CDU) unterstützte die Möglichkeit, bei Kommunalwahlen „moderate“ Sperrklauseln einzuführen, um einer Zersplitterung zu begegnen. Er könne sich vorstellen, eventuell noch bis zu den Kommunalwahlen im kommenden Jahr Lösungen zu beschließen.

Mario Krüger (GRÜNE) sah keine Notwendigkeit, eine Sperrklausel zu verbieten. Er sprach sich dafür aus, das Problem zügig zu erörtern. Eine Regelung für die Kommunalwahlen im Jahr 2014 hielt er allerdings mit Blick auf kleinere Gruppierungen für undemokratisch.

Als Steilvorlage für die großen Fraktionen wertete **Kai Abruszat** (FDP) den vorliegenden Antrag. Auch er sprach sich für die Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltung aus. Andererseits betonte er die Notwendigkeit, die Verfassungsrechtsprechung zu dieser Frage zu respektieren.

In den Räten bedürfe es aufgrund der Aufgabendichte eigentlich einer professionellen Aufgabenerledigung, so **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). In der Realität arbeiteten dort Ehrenamtliche. Diesem Zielkonflikt müsse man sich stellen und sich kein Denkverbot auferlegen. cw

Weiterberatung

Der Antrag der PIRATEN (Drs.16/3838) wurde an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen.



Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD, l.) und Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Keine Bürgschaft für newPark

Gründe, Kritik und Aussicht zum Gewerbepark

26. September 2013 – Die Landesregierung hat entschieden, keine Landesbürgschaft in Höhe von 17,5 Mio. Euro für den newPark in Datteln/Waltrop zu übernehmen. Hier sollen auf 136 Hektar industrielle und gewerbliche Großvorhaben entstehen. CDU und FDP sahen in dieser Entscheidung eine Schwächung des Arbeitsmarkts in einer strukturschwachen Region und forderten in einem Antrag (Drs. 16/4011), die Bürgschaft doch noch zu erteilen. SPD und GRÜNE verwiesen auf ein unabhängiges Gutachten, sagten aber ebenso wie die Landesregierung weitere Unterstützung zu. Die PIRATEN standen dem Projekt kritisch gegenüber.

Als „dunklen Tag“ für die Emscher-Lippe-Region bewertete Josef Hovenjürgen (CDU) die Entscheidung der Landesregierung. Sie bedeute, dass rund 10.000 Arbeitsplätze gefährdet seien bzw. nicht entstehen könnten. Dabei sei dies auch für den Wirtschaftsminister die strukturschwächste Region in NRW. Bislang verweigere er die Veröffentlichung des Gutachtens, auf dem seine Entscheidung basiere. Es gebe keine Argumente gegen die Bürgschaft, so Hovenjürgen, zumal sie durch den Wert der Grundstücke abgesichert worden wäre. Jetzt werde man die erforderliche Summe in der Region aufbringen und das Projekt selbst wuppen, erwarte aber die notwendige Begleitung durch die Landesregierung.

Deutschland sei wegen seines starken industriellen Kerns gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen, betonte Dietmar Brockes (FDP). Aber gerade dort sinke in NRW jetzt die Zahl der Arbeitsplätze. Die jüngsten Entscheidungen zeigten eine Preisgabe der industriepolitischen Tradition der Landes-SPD und einen Vorrang grüner Deindustrialisierungspolitik. Der Finanzminister habe den Bürgschaftsantrag eben so lange geprüft, bis sich die Rah-

menbedingungen verschlechtert hätten. Im Jahr 2012 habe die Landesregierung mit Bürgschaften von 105 Mio. Euro 362 Arbeitsplätze geschaffen. Jetzt gehe es um 17,5 Mio. Euro und 9.000 Arbeitsplätze.

Dass die Emscher-Lippe-Region aufgrund ihrer Strukturschwäche eine wirtschaftspolitische Herausforderung darstelle, unterstrich auch Rainer Schmeltzer (SPD). Das Gewerbegebiet newPark sei ein Leuchtturm dieser Anstrengungen. Es müsse aber nicht nur politisch gewollt, sondern auch wirtschaftlich tragfähig sein. Nun habe ein unabhängiges Gutachten das Risiko der Bürgschaft als relativ hoch bewertet. Damit habe die Landesregierung keine andere Wahl gehabt, als die Bürgschaft nicht zu gewähren. Im Übrigen setzten CDU und FDP das seriöse und anerkannte Prüfverfahren aufs Spiel, indem sie mit vertraulichen Informationen wie auf einem öffentlichen Basar jonglierten.

Sowohl der Landesrechnungshof als auch ein unabhängiger Gutachter hätten in Sachen „Bürgschaft newPark“ jeweils eine rote Ampel aufgestellt, erläuterte Daniela Schneckenburger

(GRÜNE). Jetzt fordere die CDU, der Wirtschaftsminister hätte sich darüber hinwegsetzen sollen. Rund um newPark gebe es aber auch andere Probleme. So sei es in den 18 Jahren Planung nicht gelungen, dort ein großes industrielles Vorhaben anzusiedeln. Außerdem sei keine Bank bereit gewesen, das Projekt ohne Bürgschaft des Landes zu finanzieren. Im Rahmen der Strukturförderung des Ruhrgebiets sprach sich Schneckenburger dafür aus, das Potenzial altindustrieller Flächen konsequent zu nutzen.

Wozu brauche man überhaupt eine Bürgschaft, fragte Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): „Sie können das alleine wuppen. Sie haben die Grundstücke als Sicherheit.“ Außerdem stehe im Bürgschaftsantrag nicht, woher die Arbeitsplätze kommen sollten. Denn leider stünden die Interessenten nicht gerade Schlange. Gleichzeitig gebe es überall im Lande leer stehende Gewerbeflächen sowie zu recycelnde Flächen. Rohwedder hoffte auf eine Möglichkeit, das Gutachten so zu veröffentlichen, dass der Schutz der Firmendaten gewährleistet bleibe. Des Weiteren forderte er eine Umweltverträglichkeitsprüfung bei newPark ein. Diese sei zunächst rechtswidrig ausgefallen.

„Alle Beteiligten der Bürgschaftsverfahren im Land Nordrhein-Westfalen werden zu den gleichen Bedingungen behandelt ohne irgendeine politische Einflussnahme“, betonte Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD). Wozu habe man Regeln, wenn man dann von ihnen abweichen solle, fragte er und verwies auf die negativen Aussagen des Gutachtens. Außerdem bezweifelte er den Erfolg einer Industriepolitik, die allein auf eine Ansiedlung von Großunternehmen hoffe. Man müsse sich vielmehr an den Faktoren erfolgreicher wirtschaftlicher Strukturen orientieren: den mittelständischen Strukturen der sogenannten Hidden Champions. Diese gebe es auch in der Emscher-Lippe-Region. *cw*

Abgelehnt

Der Antrag von CDU und FDP (Drs. 16/4011) wurde mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.



Fotos: Schälte

Josef Hovenjürgen (CDU)

Dietmar Brockes (FDP)

Rainer Schmeltzer (SPD)

Daniela Schneckenburger (GRÜNE)

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)



Das Jahr 2020 fest im Blick

Haushalt 2014: Wie sparen? Wo ausgeben? Woher nehmen?

25. September 2013 – Rund 280.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst erwarten ihr monatliches Gehalt, Straßen und Gebäude müssen unterhalten, aktuelle Herausforderungen wie der Klimawandel finanziert werden. Alles unter Berücksichtigung der ab dem Jahr 2020 geltenden Schuldengrenze. Dass dies mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf gelinge, bezweifeln die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. In den unterschiedlichen Kritikansätzen geht es um die Fragen der Steuerquellen, der Ausgabenschwerpunkte und der Besteuerung. Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen von SPD und GRÜNEN verteidigen dagegen den vorliegenden Entwurf als solide und zukunftsgewandt.

Als Meilenstein hin zu einem ausgeglichenen Haushalt bezeichnete Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD) den Entwurf. NRW senke die Höhe neuer Schulden auf 2,4 Mrd. Euro – entgegen dem Stand von 6,6 Mrd. Euro beim Regierungswechsel. „Das ist konsequente Konsolidierungspolitik, ohne auf zukunftssichernde soziale, ökologische und wirtschaftsfördernde Politik zu verzichten“, unterstrich der Finanzminister. Rot-Grün setze weiter auf den Dreiklang aus Sparen, Investieren und Mehreinnahmen. Bei letzteren sei aber auch der Bund gefragt. Insgesamt werde NRW seine Neuverschuldung bis zum

Jahr 2017 auf 1,38 Mrd. Euro reduzieren. Als Schwerpunkte des Haushalts 2014 nannte Walter-Borjans unter anderem die Kommunen und die Bildung. Sparen werde NRW durch den Abbau von über 2.000 Stellen. Dabei gelte die Devise: Weniger Stellen nur dann, wenn auch der Aufgabenumfang abnehme.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann sprach von einem anspruchlosen Haushalt, der nur verwalte statt gestalte. Er lasse keine Finanzierung neuer Ideen oder wichtiger Fragen wie etwa der Inklusion erkennen. Es gebe offenbar auch zu wenige Gemeinsamkeiten zwischen SPD und GRÜNEN für gemeinsame Projekte. Deshalb herrsche zum Beispiel in der Energiepolitik Stillstand auf ganzer Linie. Auch die Wirtschaftspolitik, den sogenannten Kommunal-Soli und die Landesplanung fand Laumann kritikwürdig. Der Haushaltsentwurf 2014 lese sich als eine Politik des „Weiter so“: mit einer unterdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung, einer Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung, einer zunehmenden Zahl von Arbeitslosen und einer Inklusion ohne Qualität. „Ich kann in Ihrer Haushaltspolitik auch nicht die Nachhaltigkeit im Hinblick auf die Schuldenbremse erkennen“, sagte Laumann. Trotz knapp 5 Prozent mehr Steuereinnahmen als im Vorjahr komme Rot-Grün mit dem Geld nicht aus. Offenbar fehlten jegliche Handlungsspielräume. Die ließen sich nur erreichen, wenn man sich Strukturveränderungen öffne, die auch Beschäftigte im Richter- oder Lehramt, Polizistinnen und Polizisten sowie Staatsanwälte betreffen. Der Oppositionsführer appellierte an SPD und GRÜNE, die Vorschläge seiner Fraktion in den Haushaltsberatungen ernsthaft zu diskutieren.

Sie verlange Mehrausgaben, wende sich aber gleichzeitig gegen Mehreinnahmen, warf SPD-Fraktionschef Norbert Römer der CDU-Fraktion vor. Dies sei eine verantwortungslose Politik. Er vermisse einen Gegenentwurf zum vorgelegten

Haushalt, der auch konkrete Sparvorschläge beinhalte. Römer betonte, die rot-grüne Landesregierung sei seit Regierungsübernahme Schritt für Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung vorangekommen. Gleichzeitig habe man notwendige Zukunftsinvestitionen vorgenommen. So wolle man im kommenden Jahr für die Förderung und Bildung von Kindern knapp 2 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Das sei doppelt so viel wie zu Zeiten der schwarz-gelben Koalition im Land. Im Übrigen habe diese in ihrer Amtszeit auch mehr als 100 Städte und Gemeinden in Nothaushalte getrieben. Dies versuche Rot-Grün seit 2010 wieder zu reparieren. In den letzten Jahren hätten die heutigen Oppositionsfraktionen überdies nichts dazu beigetragen, dass der Bund hier mehr Verantwortung übernehme. Des Weiteren hätten sie auch dabei zugesehen, als in Berlin nichts für eine Energiewende getan worden sei. „Die Politik von Frau Merkel in den letzten vier Jahren hat uns in Nordrhein-Westfalen erheblich geschadet.“ Für all diese Ausgaben seien strukturelle Mehreinnahmen nötig, unterstrich Römer. Hier dürfe sich die Opposition nicht länger verweigern.

Nordrhein-Westfalen befinde sich finanzpolitisch auf einem der Abstiegsplätze, zusammen etwa mit dem Saarland und Berlin, kritisierte Fraktionschef Christian Lindner (FDP). Und die Landesregierung zeige keine Bemühungen, daran etwas zu ändern, nicht einmal einen „Jota Nachdenklichkeit“. Auch das von der Landesregierung eingesetzte Effizienzteam habe offenbar

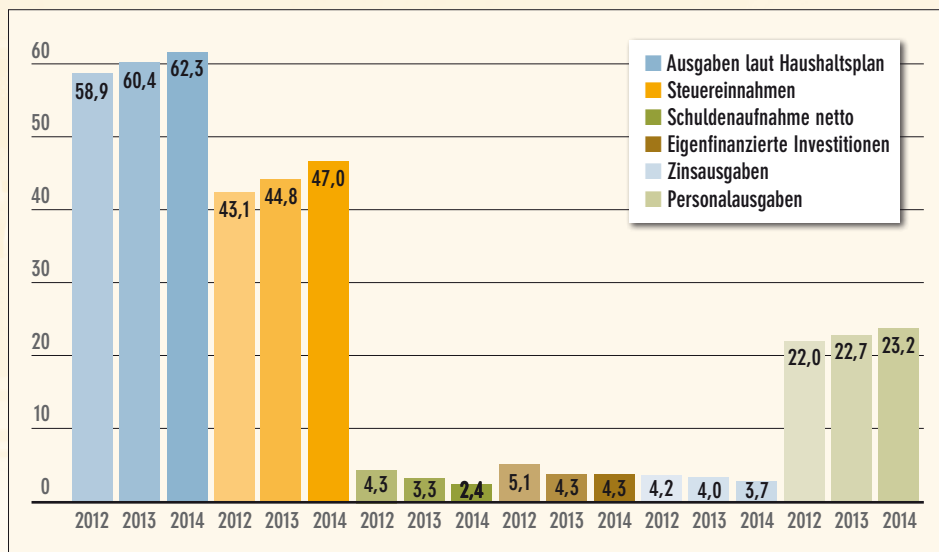
| Einzeletats <small>(in Mrd. Euro)</small> | |
|---|--------|
| | 2014 |
| Landtag | 0,123 |
| Ministerpräsidentin | 0,121 |
| Inneres und Kommunales | 5,046 |
| Justiz | 3,766 |
| Schule und Weiterbildung | 15,592 |
| Innovation, Wissenschaft und Forschung | 7,931 |
| Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport | 2,906 |
| Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | 3,080 |
| Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | 0,921 |
| Arbeit, Integration und Soziales | 3,593 |
| Finanzministerium, -verwaltung | 2,049 |
| Landesrechnungshof | 0,041 |
| Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | 0,755 |
| Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter | 0,993 |
| Allgemeine Finanzen | 15,366 |
| Summe | 62,282 |

Alle Tabellen und Grafiken: Quelle Finanzministerium NRW



Finanzminister
Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Fotos: Schälte



Eckdaten der Haushaltsentwürfe 2012-2014 in Mrd. Euro, 2013 einschließlich geplantem Nachtragshaushalt

im Haushaltsentwurf 2014 nichts gefunden, vielleicht auch nicht mehr getagt. Auf jeden Fall gelte es, die strukturelle Ausgabenseite auf den Prüfstand zu stellen. Dabei stehe der „dicke Brocken der Personalausgaben“ mitten im Zentrum. Auch Lindner kritisierte den Kommunal-Soli. Während die einen armen Kommunen weitere Schulden machen müssten, um die „Zwangsabgabe“ zu entrichten, könnten davon noch ärmere Städte, wie zum Beispiel Essen, neue Fußballstadien bauen. „Damit werden die Bedürftigen von morgen bereits heute programmiert“, kritisierte Lindner. Drei konkrete Beispiele griff er aus dem Haushaltsplanentwurf heraus, an denen, anders als dort niedergeschrieben, nicht gespart werden dürfe: die öffentliche Infrastruktur, auch wegen der großen Herausforderung Güterverkehr, außerdem die Bildung, konkret die Inklusion und der Vertretungsunterricht, und drittens die Hochschulen, deren Qualität unter zu geringen Ausgleichszahlungen trotz gestiegener Studentenzahlen leide.

„Wir sind jetzt in der normalen Taktung“, stellte der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen fest. Nach dem durch die Neuwahl ver-

späteten Haushalt 2013 erreiche der aktuelle Entwurf pünktlich das Parlament. Er zeichne sich durch eine sparsame Haushaltslinie aus. Entgegen der CDU-Forderung könne man eben nicht beliebig viele neue Projekte starten – selbst wenn das wünschenswert wäre, lobte Priggen eine über die vergangenen Jahre stetig gesunkene Neuverschuldung. Was die Kritik an wachsenden Ausgaben trotz Steuerplus angehe, müsse man sich die betroffenen Posten genau ansehen: darunter 722 Mio. Euro für die Kommunen, 450 Mio. Euro für die Altersgrundsicherung und 210 Mio. Euro für den Hochschulpakt. Lediglich 7 Prozent der Mehrausgaben entfielen auf die originär in NRW gestaltete Politik, nämlich 110 Mio. Euro fürs Kinderbildungsgesetz. „Wenn das aber der ganze Luxus ist, den die beiden Fraktionen sich gönnen, dann kann man durchaus dazu stehen“, fand Priggen. Insgesamt stehe die Haushaltsdebatte noch ganz unter dem Eindruck der jüngsten Bundestagswahl. Ob Infrastruktur, Kommunalfinzen, Energie-wende oder die Nutzung von ehemaligen Bundeswehrflächen, all das seien Hausaufgaben, die nun Berlin erledigen müsse, forderte Priggen: „Wir begleiten das von hier aus sicherlich kritisch und konstruktiv.“

Daten und Fakten

Den im Etatentwurf 2014 (Drs.16/3800) geplanten Ausgaben von rund 62,3 Mrd. Euro stehen unter anderem ein Steueraufkommen von 47,0 Mrd. Euro sowie zusätzliche Einnahmen von 12,7 Mrd. Euro gegenüber. Der Entwurf sieht vor, die Neuverschuldung auf 2,4 Mrd. Euro zu verringern. Das Kabinett hat sich auf Einsparungen von insgesamt 865 Mio. Euro verständigt. In Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz werden unter anderem die mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2017 (Drs. 16/3801), das Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 (Drs. 16/3802) sowie ein Nachtragshaushalt für das laufende Jahr (Drs. 16/4000) beraten. Durch letzteren sinke die veranschlagte

Neuverschuldung des Landes für 2013 um 37,5 Mio. Euro auf 3,35 Mrd. Euro, so die Landesregierung.

Als nächstes werden die vier Beratungsgegenstände in den Fachausschüssen im Detail diskutiert. Außerdem nehmen Sachverständige Stellung (am 11.10. zum Gemeindefinanzierungsgesetz, am 15.10. zum Stärkungspaktgesetz, am 5.11. zum Personalhaushalt, am 7.11. zum Haushaltsgesetz sowie zum Nachtragshaushalt), bevor das Plenum des Landtags in zweiter und dritter Lesung über den Haushalt berät und schließlich entscheidet. Vorgesehen sind hierfür die Plenarsitzungen vom 27. bis 29.11. sowie am 18./19.12.2013.



Karl-Josef Laumann (CDU)

Den gleichzeitigen Anstieg von Armut bzw. Armutsrisiko einerseits und Reichtum andererseits prangerte Dr. Joachim Paul, Fraktionsvorsitzender der PIRATEN, an. Eine gerechte Gesellschaft brauche eine gerechte Teilhabe aller. Außerdem bedeute diese Entwicklung aufgrund der Steuergesetzgebung von Rot-Grün wie auch Schwarz-Gelb im Bund zu geringe Einnahmen für die öffentliche Hand, insbesondere für die Länder und die Kommunen. Dem Staat würden so systematisch die Mittel entzogen, um zum Beispiel die Infrastruktur an Straßen, Schulen und Universitäten zu erhalten. Leidtragende seien hier in erster Linie die Menschen, die auf diese staatlichen Leistungen angewiesen seien, weniger die Vermögenden. Vor diesem Hintergrund sprach sich Paul zum einen für eine stärkere Besteuerung großer Vermögen aus; dies treffe nur rund 1 Prozent der Bevölkerung. Zum anderen müssten auch die Banken herangezogen werden. Diese seien vom Staat, also der gesamten Gesellschaft, mit Unsummen gerettet worden und bauten gerade wieder neue Spekulationsblasen auf. Notwendig sei hier das Primat der Politik in der Regelsetzung ebenso wie ge-



Fotos: Schälte

sellschaftlich sinnvolle und produktive Arbeit. In kurzfristigem Renditedenken, zu geringen Löhnen und befristeten Arbeitsverträgen sah Paul einen Ausdruck reinen Gewinnstrebens, das nachhaltig die Innovationskraft schädige.

Zur Gesamtbetrachtung gehörten auch positive Dinge, meinte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). So steige in NRW die Zahl der Er-

werbstätigen sowie das Pro-Kopf-Einkommen. Außerdem habe NRW weit vor Bayern den höchsten Anteil an direkten internationalen Investitionen und die schlanke Verwaltung aller Flächenländer. „Wir alle wissen, woran es mangelt“, gestand Kraft aber auch zu. Es habe in der Debatte viele Vorschläge gegeben, was zu tun sei – allerdings keinen Vorschlag zur Finanzierung. Die Vision der Landesregierung sei

klar: Das Land solle gerechter, kein Kind solle zurückgelassen werden. Eine vorsorgende Politik solle dafür sorgen, dass Haushalte nachhaltig saniert würden. Denn ein Staat, der heute in Bildung und Betreuung investiere, bekomme jeden Euro fast dreifach zurück. NRW könne von der Kinderbetreuung über die Kommunalfinanzierung bis hin zu Verkehrsprojekten beachtliche Erfolge vorweisen.

Gemeindefinanzierungsgesetz

Die Städte und Gemeinden bekommen im nächsten Jahr vom Land mit rund 9,4 Mrd. Euro so viel Geld wie nie – aber bedeutet das auch, dass der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) für das Jahr 2014 ein gelungenes Werk ist?

Die Kommunen bräuchten ein stabiles Fundament, also eine auskömmliche finanzielle Ausstattung, meinte **Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD). Diesem Anspruch genüge der GFG-Entwurf. Konsequenzen aus dem Gutachten zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs werde die Regierung gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtern und zum GFG 2015 umsetzen. Der Minister zeigte sich darüber hinaus zufrieden, ebenfalls gemeinsam mit den Kommunen eine faire und verfassungsgemäße Regelung zu den Einheitslasten gefunden zu haben.

„Das Gemeindefinanzierungsgesetz berücksichtigt erneut keine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen“, kritisierte **Ina Scharrenbach** (CDU). Auch setze es dringende Anpassungen infolge des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) nicht um. Somit könne das GFG auch kein stabiles Fundament schaffen; auf Dauer trage es nicht. Das angesprochene Gutachten bescheinige Nordrhein-Westfalen, ein Hochsteuerland zu sein, und Steuern seien wegen entstehender Standortnachteile Gift für die Kommunen. Das mögliche Gegengift aber fehle.

In einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern wolle NRW nicht eintreten, entgegnete **Michael Hübner** (SPD). Richtig sei auch gewesen, Befrachtungen im GFG zurückzunehmen und den Kommunen zehn statt drei oder vier Jahre für eine Haushaltskonsolidierung zuzuge-

stehen. Damit gehe einher, dass die Kommunen über ihre Investitionen und Kosten selbstständig entscheiden könnten. Ein grundsätzliches Problem sah Hübner in hohen Soziallasten in den NRW-Kommunen. Dieses Problem könne aber das Land nicht allein lösen, hier sei der Bund gefragt.

Der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes sei unzulänglich und müsse dringend überarbeitet werden, befand **Kai Abruszat** (FDP). Er begründete dies damit, dass der Minister die wesentlichen Erkenntnisse aus dem selbst in Auftrag gegebenen Gutachten unterschlagen und nicht umgesetzt habe. Unzufrieden war der Abgeordnete etwa mit der Aktualisierung der Grunddaten. „Sie haben neue Daten genommen, und Sie haben diese Daten so lange gebeugt, bis sie in ein überkommenes, 25 Jahre altes System hineinpassten“, warf Abruszat dem Minister vor.

Zur Kritik am GFG sagte **Mario Krüger** (GRÜNE): „Wir halten daran fest, die Verteilung der Schlüsselzuweisungen auf Grundlage der jeweils aktuellsten Grunddaten vorzunehmen.“ Umverteilungswirkungen wolle man abmildern, indem diese schrittweise zum Tragen kämen. Weil die kommunalen Spitzenverbände zu gegenteiligen Auffassungen bezüglich des Gutachtens gekommen seien, habe man den Diskussionsprozess nicht übers Knie brechen wollen. Deshalb würden erst 2015 Konsequenzen aus dem Gutachten gezogen, etwa hinsichtlich des Rechnungssystems.

Dass sowohl Rot-Grün als auch CDU und FDP in Bezug auf das GFG „ihre Schützengräben verlassen“, hoffte **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Es gelte, über eine größere Lösung nachzudenken, als nur den Soziallastenansatz etwas zu verschieben. Schulz sprach sich außerdem dafür aus, die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen insgesamt neu zu ordnen, also die Regelung, wer wie viel vom Kuchen abbekomme, zu überarbeiten. Nur zu diskutieren, wie die festgelegten Mittel der Kommunen untereinander verteilt würden, führe nicht weiter. *bra, cw, sow*

| Daten zur Gemeindefinanzierung | |
|---|---------------------------|
| (in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/ Angaben in Euro) | |
| Zuweisungen | 9.378 Mio. (+723 Mio.) |
| Schlüsselzuweisungen | 7.958 Mio. (+613 Mio.) |
| davon für | |
| • Gemeinden | 6.245 Mio. |
| • Kreise | 932 Mio. |
| • Landschaftsverbände | 781 Mio. |
| Schulpauschale/Bildungspauschale | 600 Mio. |
| Investitionspauschalen | 700 Mio. (+107 Mio.) |
| Pauschale Bedarfszuweisungen | 34 Mio. (+3 Mio.) |
| Sportpauschale | 50 Mio. |
| Verbandsatz | 23 Prozent |



Biss in den sauren Apfel?

Landtag berät über Soli-Umlage durch Stärkungspakt

25. September 2013 – Wer mehr hat, gibt den Ärmeren was ab: So funktioniert der Finanzausgleich zwischen den Bundesländern. Die rot-grüne Landesregierung will dieses Solidarprinzip nun auch auf die Städte und Gemeinden in NRW übertragen und damit ab kommendem Jahr Teile des 2011 beschlossenen Stärkungspaktgesetzes finanzieren (Drs.16/3968). Ein Pro und Kontra aus der ersten Lesung.

„Wer besonders leistungsfähig ist, hilft denen, die es nicht sind“, erläuterte **Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD) den Gesetzentwurf. Das sei sozial, gerecht und auch fair. Nach dieser Idee hätten SPD und GRÜNE zusammen mit der FDP schließlich auch schon den Stärkungspakt beschlossen, nämlich den besonders von Schulden geplagten Kommunen zu helfen – mit insgesamt 5,5 Mrd. Euro bis zum Jahr 2020. Davon schultere das Land 3,5 Mrd. Euro. Den Rest von 182 Mio. Euro jährlich müssten nun die besonders starken Kommunen mit je knapp einem Viertel ihrer überschüssigen Steuern stemmen, so Jägers Vorschlag. Die Leistungskraft des Landes jedenfalls sei erschöpft.

Die geplante Solidarumlage gehe an der Realität und den Sorgen der Kommunen vorbei, kritisierte hingegen der FDP-Sprecher **Kai Abruszat**: „Die Zwangsabgabe gehört eingemottet.“ Zwar habe NRW vor zwei Jahren zu Recht ein „bedeutendes Selbsthilfeprogramm“ für die Kommunen ins Leben gerufen – mit dem Ziel: Sparen soll sich lohnen und durch Mittel aus dem Stärkungspakt belohnt werden. Nun müsse man das Ganze zunächst einmal auswerten, forderte Abruszat und sprach sich für ein „ehrliches“ Abbild der Realität aus: „Lassen Sie uns schauen, dass wir nicht nur die strukturelle Lücke der Kernhaushalte, sondern auch der gesamten Beteiligungen der Kommunen in den Blick nehmen.“

Die Soli-Umlage sei keine große Überraschung, entgegnete der SPD-Abgeordnete **Michael Hübner**. „Es war seit dem Jahr 2011 zu erwarten und war in den Grundzügen schon angelegt“, betonte er. Zudem sei das Modell damals, auch mit der FDP, bereits diskutiert worden. Nichtsdestotrotz sei Rot-Grün offen für Vorschläge der Opposition, den Pakt anders zu finanzieren – Vorschläge gebe es bislang aber nicht. Am Beispiel Düsseldorf machte Hübner deutlich, dass der Soli von den stärkeren Kommunen durchaus tragbar sei: 60 Millionen Euro spare die Landeshauptstadt ab kommendem Jahr durch Bundesmittel bei der Grundsicherung im Alter, 27 Millionen Euro koste sie die Soli-Abgabe.

Als ungerecht und unverantwortlich bezeichnete dagegen **André Kuper** (CDU) den Gesetzentwurf. „Dieser Kommunal-Soli wird im Ergebnis eine offene Bestrafung für solides Wirtschaften in der Vergangenheit sein“, kritisierte er. Sämtliche Anreize für gutes Hauswirtschaften entfielen. Zudem setze Rot-Grün „steuerstark“ fälschlicherweise gleich mit „reich“: „Die 60 Soli-Zahlerstädte haben heute schon eine Verschuldung von 2,8 Mrd. Euro“, mahnte Kuper. Manche seien sogar höher verschuldet als die Empfängergemeinden. Außerdem zeigten die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz sowie die Kreis- und Landschaftsverbandsumlage schon genug Solidarität – alles Weitere überlaste sie.

Die CDU wende sich gegen die Umlage, nenne aber keine Alternativen, bemerkte **Mario Krüger** (GRÜNE) und betonte: „Ohne eine solidarische Hilfe teurerer Kommunen gibt es keine schnelle Verbesserung der Finanzlage der überschuldeten Kommunen.“ Auch ihn habe es nicht überrascht, dass sich die Geberstädte gegen die Umlage wehrten. Allerdings dürfe man dabei nicht vergessen, dass das Land selbst „unter erheblichen Kraftanstrengungen“ für einen Großteil des Stärkungspakts aufkomme. Zudem habe der Pakt von Anfang an vorgesehen, die Kommunen finanziell zu beteiligen. Vor der näheren Ausgestaltung einer Soli-Umlage habe sich die FDP damals allerdings gedrückt, so Krüger.

Kritik am Kommunal-Soli übte hingegen auch **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Grundsätzlich spiele Solidarität zwar eine wichtige Rolle. Allerdings halte er es für problematisch, wenn die kommunale Selbstverwaltung dabei immer stärker leide. Das könne seine Fraktion nicht gutheißen, betonte Schulz. Vielmehr müsse NRW die Kommunen befähigen, „aus ihrer eigenen Kraft diese Stärke zu gewinnen, die hier durch eine Umverteilung und ein Gegeneinander-Aufbringen“ erfolge. Gleichzeitig forderte Schulz, dass finanzschwache Kommunen ihr Vermögen offenlegen müssten, um versteckte Schätze heben zu können – und, so seine Hoffnung, „wir einen Kommunal-Soli nach Möglichkeit nicht brauchen“.

bra

Stärkungspaktgesetz

Für überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Kommunen stellt der 2011 beschlossene Stabilitätspakt bis zum Ende des Jahrzehnts eine jährliche Finanzspritze von 350 Mio. Euro bereit. Ab dem kommenden Jahr müssen die NRW-Kommunen davon jährlich knapp 182 Millionen Euro selbst aufbringen. Mit ihrem neuen Entwurf strebt die Landesregierung hierfür eine Solidarumlage an. Als nächstes hört der Fachausschuss Sachverständige an (siehe S. 13) und berät im Detail.

Foto: Schälte

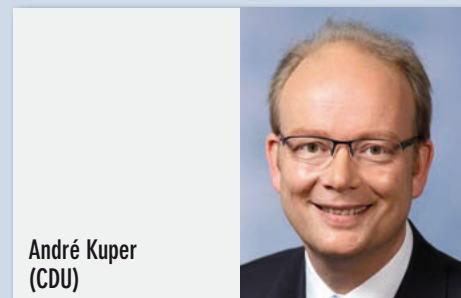
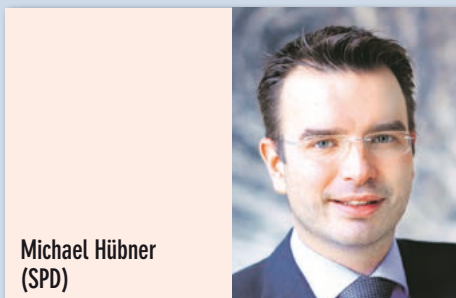




„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Die Idee, dass über eine Solidaritätsumlage „reiche“ für „arme“ Kommunen zahlen sollen, halte ich grundsätzlich für ...

... vertretbar. Dies vor dem Hintergrund, dass das Land mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro bereits an die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit im Stärkungspakt gegangen ist und weitere Entlastungen für die kommunale Familie auch auf Bundesebene (SGB XII) und beim NRW-Einheitslastengesetz auf den Weg gebracht hat. NRW ist nicht das erste oder einzige Land mit derartigen Abundanzumlagen.

... falsch und lehne ich ab. Es bedarf keiner Umlage, denn der Solidarausgleich ist das Gemeindefinanzierungsgesetz. Und hier wird Solidarität geleistet. Der Kommunal-Soli ist eine ungerechte und undurchdachte Strafaktion für solide wirtschaftende Kommunen. Die Zahlerkommunen haben selbst Schulden von 2,8 Milliarden Euro, ist das „reich“? Die Umlage ist daher ein dramatischer Eingriff in die Finanzhoheit.

Die Entwicklung der kommunalen Kassen in den letzten Jahren ist aus meiner Sicht ...

... in vielen Bundesländern problematisch. Immer höhere Verschuldung durch Kassenkredite konnten in NRW jedoch durch mehr Geld aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz und durch den Stärkungspakt deutlich gebremst werden. Seit dem Politikwechsel im Jahr 2010 haben inzwischen wesentlich weniger Städte und Gemeinden einen Nothaushalt als unter der schwarz-gelben Landesregierung.

... dramatisch. Vor allem die Entwicklung der Kassenkredite ist höchst alarmierend. Mittlerweile haben die nordrhein-westfälischen Kommunen mehr als 25 Milliarden Euro an Kassenkrediten angehäuft, dies ist mehr als die Hälfte aller bundesweiten Kassenkredite. Die Landesregierung blendet dieses Risiko aber völlig aus. Die kommunale Verschuldung spielt für den rot-grünen Stärkungspakt keine Rolle.

350 Millionen Euro will das Land jährlich bis zum Jahr 2020 bereitstellen, 182 Millionen sollen die Kommunen über die Solidarumlage beisteuern. Dies ist ...

... auch für die Geber-Gemeinden ein erheblicher Kraftakt. Aber er ist notwendig, um die kommunalen Finanzen für alle 396 Städte und Gemeinden in NRW zu stabilisieren. Die Solidaritätsumlage ist in der jetzigen Form lediglich für sieben Jahre bis 2021 geplant. Die Gesamtsumme aller Finanzhilfen von 2011 bis 2021 beträgt mehr als 5,5 Milliarden Euro. Der Löwenanteil wird vom Land geschultert.

... unverantwortlich. Die Landesregierung lässt die Finanzsituation bei den 60 betroffenen Zahlerkommunen außen vor und riskiert dadurch, dass auch diese 60 Kommunen unter „die Wasserlinie gedrückt“ werden. Für die Berechnung ist es absurderweise irrelevant, dass 18 Kommunen selbst im Nothaushalt oder der Haushaltssicherung sind, von den 60 nur 7 einen ausgeglichenen Haushalt haben.

Eine solche Regelung wird sich auf eigene Sparanstrengungen der Kommunen ...

... grundsätzlich positiv auswirken. Über die Umlage bekommen überschuldete oder von Überschuldung bedrohte Orte hohe Finanzhilfen bis 2021. Gleichwohl müssen die begünstigten Kommunen massiv sparen, um ihren Etat erstmals bis 2018 auszugleichen. Diese interkommunale Solidarität ist keine Bestrafung der Geber-Kommunen, denn mehr als Dreiviertel des eigenen Überschusses bleibt in der eigenen Stadtkasse.

... fatal auswirken. Der Griff des Landes in die Stadtkassen von solide wirtschaftenden Kommunen hat eine verheerende Signalwirkung, dass sich solides und sparsames Arbeiten vor Ort nicht mehr auszahlt, sondern bestraft wird. Rot-Grün nimmt den Kommunen sämtliche Leistungsanreize für eine solide Haushaltswirtschaft, wenn die Früchte der Arbeit geraubt werden.



Diesmal zum Thema Kommunal-Soli.

Mario Krüger
(GRÜNE)



... richtig. Vergleichbare Umlagen werden auch in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz seit Jahren erhoben. Insoweit beschreibt Nordrhein-Westfalen keinen Sonderweg, wenn wir auch hier die steuerstarken Gemeinden in die befristete Finanzierung des Solidarpakts einbeziehen.

... weiterhin angespannt. SPD und GRÜNE haben mit erheblichen Kraftanstrengungen die Kürzungen der früheren CDU/FDP-Landesregierung in der Gemeindefinanzierung zurückgenommen und stellen mit dem GFG 2014 den höchsten Geldbetrag zur Verfügung. Doch werden diese Anstrengungen durch die ausufernden kommunalen Soziallasten konterkariert. Hier ist der Bund gefordert, z.B. durch die Übernahme der Eingliederungshilfen.

... vor dem Hintergrund zu beurteilen, dass der überwiegende Teil der Stärkungspaktmittel vom Land getragen wird. Zudem werden die Gemeinden erheblich entlastet: Die zusätzlichen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer werden komplett weitergegeben, sie erhalten Rückzahlungen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz und der Bund übernimmt auf Initiative von Rot-Grün die Aufwendungen für die „Grundsicherung im Alter“.

... nicht negativ auswirken. Ganz im Gegenteil: Die Kommunen beweisen damit Solidarität gegenüber den Stärkungspaktkommunen. Diese müssen nämlich durch eigene Anstrengungen rund 70 Prozent der erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen durch Einsparungen und Einnahmeverbesserungen selbst erwirtschaften.

Kai Abruszat
(FDP)



... populistisch, irreführend und falsch. Die meisten angeblich wohlhabenden Kommunen sind nur „auf dem Papier“ reich. Tatsächlich befinden sich viele selbst in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt. Durch die Zwangsabgabe würden sie zu den Hilfeempfängern von morgen gemacht. Außerdem tragen sie bereits heute zur interkommunalen Solidarität bei, weil sie keine Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten.

... alarmierend. Trotz erheblicher Steuermehreinnahmen steigen die kommunalen Kassenkredite kontinuierlich an. Während die schwarz-gelbe Bundesregierung unsere Städte und Gemeinden durch die Grundsicherungsübernahme erheblich entlastet hat, hält Rot-Grün im Land an der Unterfinanzierung der kommunalen Ebene fest. Nun sollen ihr auch noch die schulischen Inklusionskosten komplett aufgebürdet werden.

... leistungsfeindlich und für die FDP nicht tragbar. Durch die von Rot-Grün geplanten Umverteilungsmaßnahmen wird das Problem nur verlagert. Kranke Kommunen werden aber nicht dadurch gesund, indem man gesunde Kommunen krank macht.

... kontraproduktiv auswirken. Kommunen, die heute noch halbwegs solide Finanzstrukturen aufweisen, haben sich diese in der Regel durch langjährige und entbehrensreiche Sparprogramme erarbeitet. Die Einführung einer Zwangsabgabe für solide wirtschaftende Kommunen wäre ein fatales Signal und würde jedweden Anreiz für eine vorbildliche Haushaltspolitik zerstören.

Frank Herrmann
(PIRATEN)



... falsch. Es gibt in NRW keine „reichen“ Kommunen. Es gibt nur „arme“ und „ganz arme“. Die „armen“ Kommunen bekommen durch radikales Sparen irgendwie eine schwarze Null hin. Die „ganz armen“ Kommunen sind gar nicht mehr in der Lage, durch Einsparungen im Leistungskatalog diese schwarze Null zu erreichen. Wir brauchen endlich eine Nachhaltigkeit in der Finanzplanung.

... eher negativ verlaufen. Das liegt daran, dass die Kommunen ständig neue Aufgaben bekommen, ohne ausreichend auf die Gegenfinanzierung Einfluss nehmen zu können. Ein Umsteuern des Bundes bei den Kosten der Unterkunft für ALG-II-Empfänger ist ein erster Schritt. Weitere müssen im Dreiklang Bund, Länder und Kommunen erfolgen. Die Einführung des Konnexitätsprinzips zwischen Bund und Ländern wäre eine zusätzliche wichtige Maßnahme.

... nicht zielführend. Wir müssen eine nachhaltige Strategie mit allen Beteiligten erarbeiten. Auch die Einbringungsmöglichkeiten von Bürgern müssen an dieser Stelle gestärkt werden. Die Einwohner vieler Kommunen müssen entweder stillschweigend gravierende Einschnitte im Leistungskatalog ihrer Gemeinde hinnehmen oder mehr Steuern zahlen. Die kommunale Selbstverwaltung wird zu stark beschnitten.

... dramatisch auswirken. Mit dem Kommunal-Soli werden kommunale Steuern landesweit umgelegt. Das ist das genaue Gegenteil von dem, was in der Landesverfassung zur kommunalen Selbstverwaltung steht. Die Regelung kann sich nur kontraproduktiv auf die Sparanstrengungen der betroffenen Kommunen auswirken. Die Bemühungen, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, müssen langfristig angelegt sein.



Laufende Gesetzgebung

| Drucksache | Gesetz/Initiator | Federführender Fachausschuss | (Geplante) Beratungsschritte |
|------------|---|---|--|
| 16/4165 | Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet, PIRATEN | Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss | 1. Lesung 17.10.2013 |
| 16/4157 | Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, CDU | Vorschlag: Innenausschuss | 1. Lesung 17.10.2013 |
| 16/4155 | Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU | Vorschlag: Rechtsausschuss | 1. Lesung 17.10.2013 |
| 16/4151 | Körperschaftsrechte für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, SPD, CDU, GRÜNE, FDP, PIRATEN | Vorschlag: Hauptausschuss | 1. Lesung 16.10.2013 |
| 16/4139 | Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, LR | Vorschlag: Innenausschuss | 1. Lesung 17.10.2013 |
| 16/4138 | Altersgrenze für die Verbeamtung von Lehrkräften an Hochschulen, LR | Vorschlag: Wissenschaftsausschuss | 1. Lesung 16.10.2013 |
| 16/4103 | Änderung der gesetzlichen Befristungen, Finanzministerium, LR | Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss | 1. Lesung 16.10.2013 |
| 16/4000 | Nachtragshaushalt 2013, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. bzw. 3. Lesung 27.-29.11. |
| 16/3970 | Gesetzliche Befristungen im Bereich der Landwirtschaftskammer NRW, LR | Umweltausschuss | 2. Lesung 18./19.12. 2013 |
| 16/3969 | Neuordnung der Schul- und Studienfonds, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | Beratung im November |
| 16/3968 | Änderung des Stärkungspaktgesetzes, LR | Kommunalausschuss | Ausschuss 8.11.2013 |
| 16/3967 | Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden etc., LR | Kommunalausschuss | Anhörung 22.11.2013 |
| 16/3966 | Einheitslastenabrechnungsgesetz NRW, LR | Kommunalausschuss | Ausschuss 8.11.2013 |
| 16/3965 | Landesreisekostengesetz und Landesumzugskosten-gesetz, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | Beratung im November |
| 16/3948 | Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten, PIRATEN | Umweltausschuss | in Beratung |
| 16/3802 | Gemeindefinanzierungsgesetz 2014, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | siehe 16/3800 |
| 16/3800 | Haushaltsgesetz 2014, LR | Haushalts- und Finanzausschuss | 2. Lesung 27.-29.11. 3. Lesung 18./19.12. |
| 16/3625 | Vierter Änderungsvertrag zwischen dem Land NRW und den Verbänden der jüdischen Gemeinden, LR | Hauptausschuss | 2. Lesung 16.10.2013 |

| Drucksache | Gesetz/Initiator | Federführender Fachausschuss | (Geplante) Beratungsschritte |
|------------|---|--|---|
| 16/3527 | Errichtung einer Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek Medizin“, LR | Wissenschaftsausschuss | Sachverständigen-gespräch 13.11.2013 |
| 16/3526 | Aufhebung der gesetzlichen Befristung des Landespres-segesetzes NRW, LR | Ausschuss für Kultur und Medien | Ausschuss 7.11.2013 |
| 16/3457 | Änderung des Landesjagd-gesetzes, LR | Umweltausschuss | Anhörung 14.11.2013 |
| 16/3440 | Änderung des Dritten Ausführungsgesetzes des Kinder- und Jugendhilfe-gesetzes, CDU/FDP/PIRATEN | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung |
| 16/3388 | Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infra-struktur, (GEPÄ NRW) LR | Sozialausschuss | Beratung im November |
| 16/3334 | Änderung des Korruptions-bekämpfungsgesetzes, LR | Innenausschuss | Anhörung 7.11.2013 |
| 16/3248 | Verwirklichung von Transparenz und Informations-freiheit, PIRATEN | Innenausschuss | Anhörung 5.12.2013 |
| 16/3206 | Änderung des Krebsregis-tergesetzes, LR | Sozialausschuss | 2. Lesung 16.10.2013 |
| 16/2977 | Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz, LR | Umweltausschuss | 2. Lesung 16.10.2013 |
| 16/2885 | Chancengleiche Ausgestal-tung der Errichtungsbedin-gungen und Teilstandort-bildung von allgemeinbil-denden weiterführenden Schulformen, FDP | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | Anhörung 20.11.2013 |
| 16/2723 | Änderung des Bestattungs-gesetzes, LR | Sozialausschuss | Beratung im November |
| 16/2432 | Umsetzung der VN-Behin-dertenrechtskonvention in den Schulen, LR | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | 2. Lesung 16.10.2013 |
| 16/2336 | Entpolitisierung der Polizei, FDP | Innenausschuss | in Beratung |
| 16/2287 | Einführung der unterge-setzlichen Normen-kontrolle, FDP | Rechtsausschuss | 2. Lesung 16.10.2013 |
| 16/2124 | Einführung wiederkehren-der Straßenausbaubeiträge, CDU | Kommunal-ausschuss | Anhörung 8.11.2013 |
| 16/2097 | Änderung des Landesforst-gesetzes, SPD, GRÜNE | Umweltausschuss | in Beratung |
| 16/1255 | Stärkung der Wissenschafts-autonomie, PIRATEN | Wissenschafts-ausschuss | 2. Lesung 17.10.2013 |
| 16/119 | Änderung der Verfassung, PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung |

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung - aktuell im Plenum entschieden

| Drucksache | Gesetz | Initiator | Abstimmung im Plenum | Beschluss |
|------------|--|-----------------|--|------------|
| 16/3439 | Änderung des Hundegesetzes | PIRATEN | 1. Lesung 11.7.2013 2. Lesung 25.9.2013 | abgelehnt |
| 16/3387 | Änderung des Kommunalwahlgesetzes und Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften | Landesregierung | 1. Lesung 11.7.2013 2. Lesung 25.9.2013 | angenommen |
| 16/3335 | Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums | Landesregierung | 1. Lesung 11.7.2013 2. Lesung 25.9.2013 | angenommen |

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Streit über Finanzspritze

Kommunalausschuss hört Fachleute zur Solidarumlage

15. Oktober 2013 – Darf man Kommunen, die finanziell vergleichsweise besser dastehen, per Umlage an den Finanzhilfen für ärmere Städte und Gemeinden beteiligen? Diese Grundsatzfrage erörterten elf Fachleute im Ausschuss für Kommunalpolitik. Dabei lehnte die übergroße Mehrheit aus unterschiedlichen Gründen eine solche Beteiligung ab. Drei Experten verlangten, der Vorschlag der Landesregierung müsse geändert werden.

Die Mittel zur Sanierung der kommunalen Haushalte müssten erhöht werden, wenn man allen Kommunen in NRW eine Konsolidierungsperspektive bieten wolle, erläuterten Dr. Dörte Diemert (Städtetag NRW), Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund NRW) und Landrat Thomas Hendele (Landkreistag NRW). Diese Erhöhung, also die notwendige Ausweitung der Entschuldungs- und Konsolidierungshilfen, dürften aber nicht allein über kommunale Mittel finanziert werden. „Es fehlt ein Gesamtkonzept, das auch auf die Situation der Kommunen außerhalb des Stabilisierungspaktes eingeht“, kritisierte Diemert. Kommunen, die eine solche Umlage zahlen sollten (sogenannte Abundanzkommunen) wiesen teilweise eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung auf als die vorgesehenen Empfängerstädte, so Hamacher. Man könne nicht das Problem des einen dadurch lösen, das man den Verzehr des Eigenkapitals des anderen beschleunige. Außerdem leisteten gerade die Abundanzkommunen seit Jahren Solidarität, indem sie zum Beispiel auf Schlüsselzuweisungen verzichteten müssten, betonte Hendele. Die Ursachen für die Finanzschwäche der Kommunen lägen unter anderem darin, dass das Land den Verbundsatz für seine Zuweisungen von 28,5 auf 23 Prozent gesenkt habe. Dafür seien die Abundanzkommunen nicht verantwortlich.

KOMMUNEN AUF DER KIPPE

Das Ziel des Landes, die Kommunen aus ihrer prekären Kassenlage zu befreien, sei löblich, aber die Mittel reichten nicht aus, meinten die Sprecher der Arbeitsgruppe der Abundanzgemeinden, Bürgermeister Klaus Müller (Plettenberg), Bürgermeister Christoph Ewers (Burbach) und Kämmerer Martin Gentsch (Ratingen). Die Kumulation von Soli-Ost, Gewerbesteuerumlage, Kreisumlage und gegebenenfalls Abundanzumlage könnte sich auf 80 bis 90 Prozent der Überschüsse belaufen, rechnete Müller vor und stellte aus seiner Sicht fest: „Der Gesetzentwurf ist notleidend.“ Denn von den 60 Abundanzkommunen, die die Umlage zahlen sollen, hätten nur 8 einen ausgeglichenen Haushalt, 17 seien in Haushaltssicherung und 35 „auf der Kippe“. Da man den Mittelabfluss nicht allein über Einspar-

ungen erwirtschaften könne, befürchtete Ewers einer Anhebung der Gewerbesteuer. Dies bedeute aber die Gefahr, dass Unternehmen und damit Steuerzahler abwanderten.

Ein solcher Schritt stelle eine Benachteiligung nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden gegenüber Kommunen in anderen Bundesländern oder im Ausland dar, betonte auch Daniel Zimmermann (Bürgermeister der Stadt Monheim). Er verwies darauf, dass einige Kommunen nur vorübergehend Überschüsse aufwiesen oder aufgewiesen hätten. Verpflichtete man diese zur Zahlung der Umlage, würden auch sie wieder notleidend. Außerdem sei es bei der Summe aller abzuführenden Umlagen nicht möglich, dass Kommunen mit den verbleibenden 10 bis 20 Prozent ihrer Überschüsse für alle ihre Aufgaben zurechtkämen.

Die Abschöpfungseffekte hielt auch Rainer Strotmeier (1. Beigeordneter und Kämmerer der Stadt Lippstadt) für problematisch. Außerdem kritisierte er in seiner Stellungnahme, dass der Anreiz zur Pflege der eigenen Steuerquellen für die Kommunen, die die Mittel erhalten sollten, zu schwach ausgeprägt sei. Insgesamt wertete er die geplante Abundanzumlage als systemkonforme Ergänzung des jetzigen Schlüsselzuweisungssystems. Hierbei sei allerdings zwingend, dass die Solidaritätsumlage wie auch die Gewerbesteuerumlage bei der Berechnung der Umlagegrundlage für die Kreis- bzw. Landschaftsumlage abgezogen werden. Ohne eine solche Maßnahme werde eine Steuerkraft zugrunde gelegt, die nicht vorhanden sei.

Eine „allgemeinen Finanzumlage“, aus der man gegebenenfalls die Stärkungsgemeinden herausnehmen könne, sah Hermann Rappen (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) als möglich an. Beim geplanten Kommunal-Soli befürchtete er jedoch, dass es am Ende zu höheren Grunderwerbs- und Gewerbesteuern kommen werde: „Letztendlich werden die kommunalen Steuerzahlenden zur Kasse gebeten.“

Das Land trage die Verantwortung dafür, dass alle Kommunen ihre Haushalte ausgleichen könnten, unterstrich Prof. Ingolf Deubel (Deubel Government Consulting). Er hielt eine Abundanzumlage für unvermeidbar. Man dürfe sie aber nicht aufgrund des konkreten Aus-

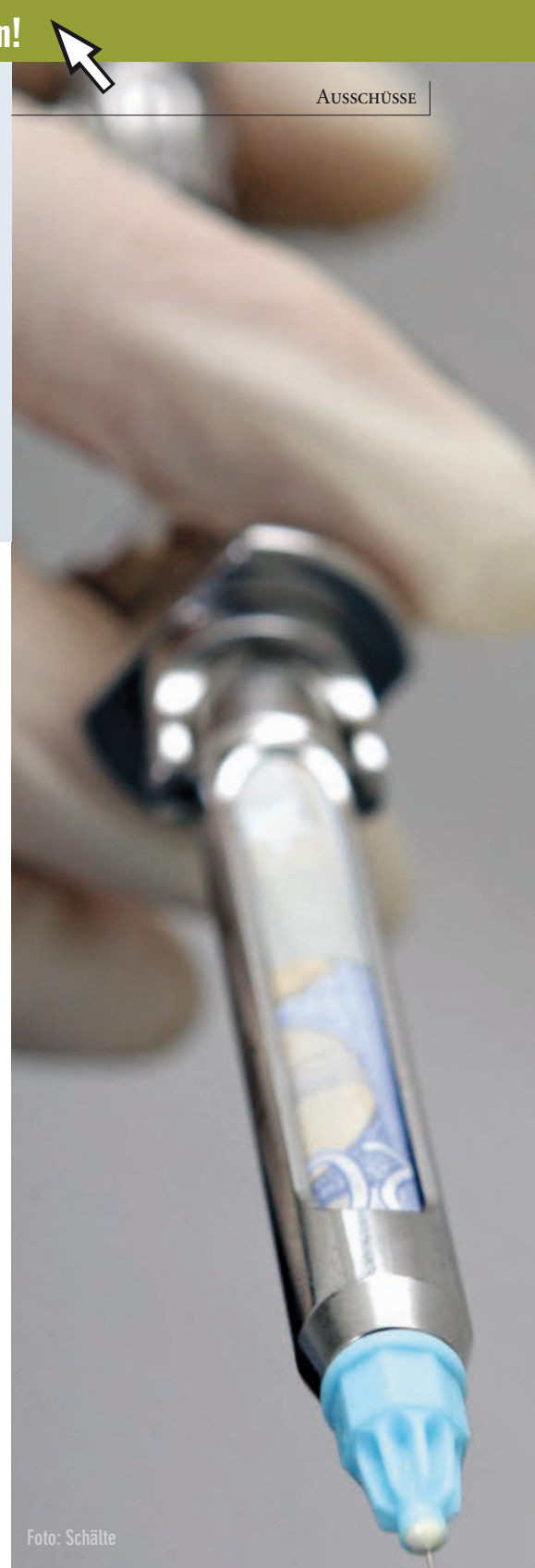


Foto: Schälte

gabenverhaltens der Städte und Gemeinden berechnen, denn sonst zahlten die Abundanzkommunen gegebenenfalls dafür, dass sich andere Städte und Gemeinden immer noch weit überproportionale Ausgaben erlaubten.

Den Gesetzentwurf für insgesamt verfassungswidrig hielt Niklas Langgut (Rechtsanwältin Grooterhorst & Partner, Düsseldorf). Man dürfe den Abundanzkommunen Einnahmen, die ihnen vom Grundgesetz zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugewiesen worden seien, nicht per Umlage einfach wegnehmen.

cw



+++Meldungen+++

Klimaschutzplan: Landesregierung strebt breite Beteiligung an

7. Oktober 2013 – Eine möglichst breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen möchte Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE) bei der Erstellung des Klimaschutzplans erreichen. Dies erläuterte er im **Unterausschuss Klimaschutzplan**. Fraktionsübergreifend drängten die Abgeordneten auf eine frühzeitige und umfassende Einbindung des Landtags. Dies sagte der Minister zu. Er erläuterte, dass nach einer ersten Phase, in der jetzt Fachleute in sechs Arbeitsgruppen mögliche Konzepte, Strategien und Maßnahmen erörtern, ein Beteiligungsprozess starten solle. Die Landesregierung verstehe sich hierbei als Dienstleister des Auftraggebers Landtag, der ja das zugrundeliegende Klimaschutzgesetz beschlossen habe. Am Ende werde sie die Ergebnisse bündeln und dem Parlament den Vorschlag eines Klimaschutzplans zur Beschlussfassung vorlegen. Ziel des Prozesses ist, für verschiedene Bereiche (zum Beispiel Energieversorgung, Verkehr, Industrie, private Haushalte) Handlungsfelder zu identifizieren sowie mögliche Maßnahmen zu erarbeiten, so Remmel. Auf Nachfrage der Abgeordneten erläuterte er, aus seiner Sicht sei eine Kostenbelastung für das Land zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Was die Messung der CO₂-Belastung betrifft, so habe sich die Landesregierung auf die Methode der Quellenbilanz anstelle einer Wirkungsbilanz verständigt.

Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes jetzt öffentlich

9. Oktober 2013 – Zur ersten öffentlichen Sitzung hat sich das **Parlamentarische Kontrollgremium (PKG)** getroffen. Seit der Neufassung des NRW-Verfassungsschutzgesetzes im Juni dieses Jahres gibt es in NRW nun erstmals deutschlandweit die Möglichkeit, die Öffentlichkeit zu bisher ausschließlich nichtöffentlichen Sitzungen des Gremiums zuzulassen.

Inhaltlich ging es in der Sitzung um die beiden derzeitigen Schwerpunkte der Arbeit des Verfassungsschutzes: den Salafismus, dessen in der Datenbank gespeicherte Anhänger auf etwa 1.500 Personen bis Ende dieses Jahres wachse, und den Rechtsextremismus, vor allem hinsichtlich gewaltbereiter Personen. Die Zahl derer sei zwar nicht gestiegen, wohl aber die Zahl der

Gewalttaten und die Zahl der Aktionen in der Szene, berichtete der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes. Die Partei „Die Rechte“, fungiere als Auffangbecken für ehemalige Mitglieder inzwischen verbotener Kameradschaften. Die Verbote bedeuteten aber, dass den Gruppierungen finanzielle Mittel entzogen worden seien und diejenigen, die nun Mitglieder der Partei „Die Rechte“ seien, sich eher scheuten, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen, weil sie wüssten, dass der Verfassungsschutz sie beobachte.

Der Verfassungsschützer berichtete zudem von einer neuen Form salafistischer Propagan-

zess“, so Bodewig im Landtag. Finanzieren will das Gremium den Sanierungsstau in mehreren Stufen. Über die kommenden 15 Jahre soll der Bund in seinem Haushalt jährlich 2,7 Milliarden Euro als Sondervermögen anlegen, insgesamt rund 40 Milliarden Euro. Darüber hinaus schlägt die Kommission unter anderem vor, die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen auszuweiten, was 2,3 Milliarden Euro einspiele. Zusätzliche Maut-Optionen für weitere Straßen- und Fahrzeugtypen seien denkbar.

Kunststoffe: Rohmaterial für die Zukunft?

11. Oktober 2013 – Mit der Verwendung von Kunststoffen als Rohstoff für die Weiterverarbeitung beschäftigte sich die **Enquetekommission II „Die Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen“**. Ein Schwerpunkt lag dabei auf sogenannten Biokunststoffen. Geladene Experten erläuterten, dass über den Einsatz von Kunststoffen grundsätzlich anwendungsbezogen entschieden werden müsse. Biokunststoffe seien dann interessant, wenn Prozesse vereinfacht werden könnten bzw. wenn es gelänge, auf diesem Weg neue, bessere Materialien mit neuen Eigenschaften herzustellen. Immerhin habe die Industrie mit Blick auf das im Jahr 2005 beschlossene Deponieverbot Recyclingverfahren entwickelt, die in Deutschland zu einer Verwertungsrate von 99 Prozent geführt hätte. Eine Steigerung der Einsatzmöglichkeiten sahen sie im

Bereich der Leichtbauweise von Automobilen und Flugzeugen, im Bereich der regenerativen Energien (Solarindustrie, Windräder) und in der Versorgung mit sauberem Trinkwasser.

Kein Blackout in Südwestfalen

9. Oktober 2013 – „In Südwestfalen werden nicht die Lichter ausgehen“, versicherte Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD), als im **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** das Thema „Konsequenzen und Versorgungssicherheit nach der Ankündigung des Energieversorgers Enervie, den kompletten konventionellen Kraftwerkspark stilllegen zu wollen – droht ein Blackout in Südwestfalen?“ auf der Tagesordnung stand. Die Landesregierung gehe davon aus, dass zwischen allen Beteiligten – Enervie, Übertragungsnetzbetreibern bzw. Bundesnetzagentur – eine schnelle und einvernehmliche Lösung auch für die betroffenen Kraftwerke gefunden werde.



da: Benefizveranstaltungen. Dabei gehe es darum, Geld für die Menschen in Syrien zu sammeln, welches auch zumindest teilweise dort ankomme. Die Salafisten benutzten jedoch die Veranstaltungen, um neue Mitglieder zu rekrutieren.

Milliarden für die Straßen

10. Oktober 2013 – Rund 7,2 Milliarden Euro fehlen laut Ex-Bundesminister Kurt Bodewig bundesweit jährlich insbesondere für den Erhalt und Betrieb der bestehenden Infrastruktur. Dies erläuterte er im **Verkehrsausschuss** des Landtags. Als Prinzip eines Konzepts einer länderübergreifenden Expertenkommission nannte er im Ausschuss deshalb „Erhalt vor Neubau“. Ziel sei zudem, die Sanierungsmittel in Zukunft losgelöst von Haushaltsjahren und damit planbar dort einzusetzen, wo sie tatsächlich gebraucht würden. Dies sei ein „grundlegender Reformpro-



Den Einbrechern auf der Spur

Anhörung: Fachleute eher für „Riegel vor“ als „Beute zurück“

Foto: Schälte

10. Oktober 2013 – Seit Jahren steigen die Zahlen von Wohnungseinbrüchen in Nordrhein-Westfalen. Allein in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres verzeichnete die Polizei über 30.500 Fälle – etwa 4 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2012. Höchste Zeit also, die Beutetour der Einbrecher zu stoppen. Die FDP-Landtagsfraktion fordert aus diesem Grund ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität (Drs. 16/2621). Im Innenausschuss wurden dazu eine Reihe von Experten befragt. Die unterstützten die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung und machten darüber hinaus noch weitere Vorschläge.

Hauptforderung des FDP-Antrags ist ein wirksames Gesamtkonzept gegen die steigenden Wohnungseinbruchszahlen sowie ein polizeiliches Sofortprogramm „Beute zurück“, um die Fahndung nach Diebesgut zu intensivieren. Unter den Experten gab es dafür nur wenig Unterstützung. So vertrat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Auffassung, dass es in NRW nicht an Konzepten mangle. Als Beispiel nannte der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Spies die Aktion „Riegel vor“ für einen besseren Schutz der eigenen vier Wände. Dieses Konzept solle erst einmal umgesetzt werden, anstatt bereits neue Entwürfe zu entwickeln, sagte Spies.

Dem Eindruck, die Einbruchskriminalität sei bislang kein Schwerpunkt in der Polizeiarbeit, trat der Direktor des Landeskriminalamtes entgegen. „Das ist seit mehreren Jahren der Fall“,

sagte Wolfgang Gatzke und sprach von „erheblichen Erfolgen“. So sei die Verurteilungsquote in NRW mit 14 bis 17 Prozent doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Und auch die Aktion „Riegel vor“ zeige erste Wirkungen, da die Steigerungsraten bei Einbrüchen zurückgingen. Unterstützung kam ebenfalls vom Bund Deutscher Kriminalbeamter (BdK), der die aktuellen Konzepte als „äußerst zielgerichtet“ beurteilte.

EINBRÜCHEN VORBEUGEN

Trotz der lobenden Worte unterbreiteten die Experten aber auch Verbesserungsvorschläge. GdP-Vizechef Spies nannte beispielhaft Schwerpunktkontrollen, verstärkte Streifenfahrten und eine intensivere Fahndung nach Diebesgut. Aus

den Reihen der Kriminalbeamten kam der Hinweis, dass die Ermittler mit der derzeitigen Personaldecke an Kapazitätsgrenzen stießen. In Sachen Prävention gab es einen konkreten Vorschlag an die Politik: Wie bei Rauchmeldern sollten auch beim Einbruchschutz verbindliche Vorgaben in die Landesbauordnung eingearbeitet werden, forderte BdK-Vertreter Sebastian Fiedler.

Der Bochumer Kriminologe Frank Kawelowski sprach sich für den Aufbau eines Internetportals aus, auf dem Bürger und Polizei nach Beute suchen können. Bislang gebe es „erhebliche Defizite“ bei den Nachforschungen bzgl. Diebesgut, monierte er. Darüber hinaus müsse die Arbeit der Ermittler optimiert werden. Wohnungsdurchsuchungen bei Tatverdächtigen, die lange Zeit nach der Tat angeordnet würden, seien nutzlos. „Wir können da was holen, aber nicht nach Wochen oder Monaten“, sagte Kawelowski und forderte juristische Eilverfahren. Als weiteren Baustein nannte er einen Ausbau der Telekommunikationsüberwachung. Gleich mehrere Sachverständige kritisierten, dass es bei Gebrauchtwarengeschäften keine Buchführungspflichten mehr gebe. Händler müssten dadurch keinerlei Daten zu den An- und Verkäufern sammeln. Genau diese seien bei den Ermittlungen der Polizei aber oftmals hilfreich, um an die Täter zu gelangen.

URSACHE ARMUTSGEFÄLLE?

Über die Ursachen der Einbruchskriminalität sprach Professor Thomas Feltes vom Bochumer Lehrstuhl für Kriminologie. Vor allem die Kluft zwischen Arm und Reich sei verantwortlich. In den kommenden Jahren müsse durch das steigende Armutsgefälle in Europa mit einer noch weiter zunehmenden Migrationskriminalität gerechnet werden. Wer genau die Täter seien, lasse sich nicht genau sagen. „Ich denke nicht, dass man bei einer Aufklärungsquote von 14 Prozent Aussagen zur Täterstruktur machen kann“, sagte er. Grundsätzlich lasse sich aber festhalten, dass es häufig junge und sozial benachteiligte Menschen seien. Auch Drogenabhängige gehörten zum Täterkreis. Die oftmals angeführten Vergleiche mit anderen Bundesländern, wonach die Einbruchskriminalität dort niedriger sei als in NRW, wies der Kriminologe zurück. Jedes Land habe andere Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die eigentlich keinen Vergleich zuließen, sagte Feltes. In Sachen Prävention sei aber weniger die Justiz als vielmehr die gesamte Gesellschaft in all ihren Facetten gefragt.

Christian Wolf



Aus den Fraktionen

Mehr Geld vom Bund für marode Straßen und Brücken in NRW

Die Sonderkonferenz der Verkehrsminister aus Bund und Ländern hat klare Zeichen in Richtung zukünftiger Bundesregierung gesetzt: Die Länder haben sich einmütig für einen milliardenschweren Infrastruktur-Sanierungsfonds ausgesprochen. Dieser folgt dem in NRW bereits geltenden Grundsatz „Erhalt geht vor Neubau“. Das Geld soll deshalb für die überfällige Sanierung vieler maroder Straßen und Brücken in Deutschland eingesetzt werden und den Erhaltungsinvestitionsstau in der Verkehrsinfrastruktur auflösen. „Über diesen Fonds muss bedarfsgerecht auch mehr Geld für das stark beanspruchte Transitland Nordrhein-Westfalen bereitgestellt werden“, kommentiert Reiner Breuer (Foto),



verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im NRW-Landtag, die Ergebnisse der Kommissionsarbeit.

Die Landesverkehrsminister wollen über zweckgebundene Fonds und Sondervermögen insbesondere zusätzliches Geld für den Erhalt und den Betrieb der Infrastruktur bereitstellen. Mittel für neue Vorhaben sollen weiterhin über das Instrument des Bundesverkehrswegeplans bereitgestellt werden. Die Kommission fordert vom Bund alleine für die „Nachholende Sanierung“ insgesamt 2,7 Milliarden Euro mehr aus den Steuereinnahmen des Verkehrsbereichs. Zudem sollen durch eine Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen knapp 2,3 Milliarden Euro mehr eingenommen werden.

„Nun ist erst einmal die zukünftige Bundesregierung gefordert, die Vorschläge der Verkehrsminister schnell umzusetzen und in Teilen fortzuentwickeln“, sagt Breuer. Es müsse daran gearbeitet werden, dass die entfernungsabhängige Lkw-Maut zukünftig nicht nur für alle Bundes-, sondern auch für alle Landes- und Kommunalstraßen gelte. Zudem müsse die Maut schnell für alle Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen Gesamtgewicht (bisher 12 Tonnen) eingerichtet werden. Es sei schließlich erkennbar, dass der immense Finanzbedarf nicht alleine aus Steuereinnahmen im Verkehrsbereich, sondern auch aus zweckgebundenen Nutzerfinanzierungen abgedeckt werden müsse. ■



Studientag der CDU-Landtagsfraktion zu Zukunftsthemen Wirtschaft, Wachstum und Finanzen

Die Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion haben auf ihrem Studientag (Foto) über zentrale Zukunftsprojekte diskutiert. „Wichtige Wachstumfelder müssen gezielter durch das Land gefördert werden. Unser Land hinkt beim Wachstum hinterher“, sagte der Fraktionsvor-

sitzende Karl-Josef Laumann. „Die Wachstumsschwäche Nordrhein-Westfalens hat keine strukturellen Gründe, sondern liegt an der falschen rot-grünen Wirtschaftspolitik, die zu wenig auf kleine und mittlere, innovative Unternehmen setzt.“

Experten bekräftigten, dass eine gezielte Wirtschaftsförderung notwendig sei. Ebenso wichtig sei die Konzentration auf innovative Geschäftsfelder: Kreislaufwirtschaft, Logistik und urbane Mobilität, moderne Zahlungssysteme sowie die Pflegeberufe. Außerdem setzt sich die Landtagsfraktion für die Abschaffung rot-grüner Wachstumsbremsen wie Tariftreue- oder Klimaschutzgesetz ein. Laumann: „Die CDU-Fraktion wird auf dieser Basis ein Konzept zur innovativen und zielgerichteten Wirtschaftsförderung erarbeiten, mit dem diese neuen Wachstumfelder weiter entwickelt werden können.“ ■



Die Finanzpolitik stand besonders im Fokus. „Starke Kommunen sind der Schlüssel für Wachstum und Wohlstand“, erklärte Laumann. „Geht es den Städten und Gemeinden schlecht, fehlen die Mittel auf allen Ebenen unseres Staates.“



Die Landtagsfraktion
CDU



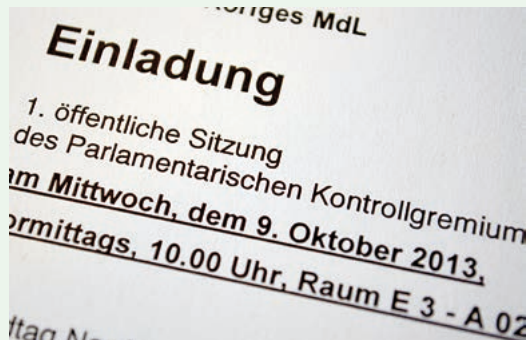
Erste öffentliche Sitzung schafft mehr Transparenz beim Verfassungsschutz

Nordrhein-Westfalen hat im Juni als erstes Bundesland nach dem NSU-Skandal ein Gesetz zur Reform des Verfassungsschutzes verabschiedet. Wesentliche Kernpunkte des Gesetzes sind die Konzentration des Verfassungsschutzes auf die gewaltorientierten Bestrebungen, mehr Transpa-

renz durch öffentliche Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sowie klare gesetzliche Regelungen für den Einsatz von V-Leuten.

Am 9. Oktober hat nun das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) erstmals öffentlich getagt. Bisher fanden alle Sitzungen des Gremiums, das die Arbeit des Verfassungsschutzes in NRW kontrolliert, geheim statt. Die Mitglieder durften weder über Ort und Zeit noch über den Inhalt der Sitzung Auskunft geben. Für die Öffentlichkeit bedeutete dies, dass sie weder wusste, wann und wie oft sich das Gremium traf, noch über welche Fragestellungen und Themen es beriet oder welche inhaltlichen Schwerpunkte es setzte. Damit war ein wichtiges Element von Kontrolle – die Öffentlichkeit – nicht gegeben.

Natürlich wird es auch in Zukunft geheime Sitzungen des PKG geben müssen, zum Beispiel wenn es um Klarnamen von V-Leuten oder Erläuterungen zu einem versuchten Anschlag geht, also um Sachverhalte, die tatsächlich zu einer Gefährdung einer Person oder der öffentlichen Sicherheit führen können. So wird die Arbeit des Kontrollgremiums für die Bürgerinnen und Bürger zwar nur für einen Ausschnitt und nicht in seiner Gesamtheit transparenter, dennoch halten wir GRÜNE diese Veränderung für einen wichtigen Schritt hin zu Offenheit und Öffentlichkeit und damit auch zu mehr Kontrolle. ■



Freimuth: Rot-Grün verschlechtert Studienbedingungen

In diesen Tagen beginnt das Wintersemester an den NRW-Hochschulen. 111.000 Studienanfänger strömen in die Hörsäle. Noch nie studierten so viele junge Menschen in Nordrhein-Westfalen. „Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Die Hochschulen leisten Großartiges beim Ausbau der Studienkapazitäten auch für den doppelten Abiturjahrgang. Ohne die Hochschulfreiheit wäre das nicht gelungen“, erklärt Angela Freimuth (Foto), hochschulpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion. Leider bleibt NRW aber unter seinen Möglichkeiten zur Verbesserung der Studienbedingungen. Anstatt die gestrichenen Studienbeiträge wie zugesagt voll zu kompensieren, steht den Hochschulen weniger Geld für Qualitätsverbesserung pro Studierendem zur Verfügung. „Es droht eine

deutliche Verschlechterung der Studienbedingungen.“

2009 lagen die Pro-Kopf-Ausgaben bei 606 Euro, 2013 sind es nur noch 487 Euro. Denn bei der Abschaffung der Studienbeiträge wurden die sogenannten Kompensationsmittel von SPD und Grüne auf 249 Millionen Euro jährlich gedeckelt. Sie werden nicht an die stetig steigende Studierendenzahl angepasst. „Die Betreuung der Studierenden leidet.“ Diese Finanzierungslücke wird von Jahr zu Jahr größer, wenn sich immer mehr junge Menschen für ein Studium entscheiden. Freimuth: „Die FDP hat im Landtag vor dieser Fehlentwicklung gewarnt.“

Durch die Möglichkeit, sozialverträgliche Studienbeiträge zu erheben, konnten die



Hochschulen in Qualitätsverbesserung investieren, die Angebote für Studierende verbessern: Bibliotheksöffnungszeiten ausweiten, aktuelle Bücher anschaffen oder Personal für zusätzliche Tutorien sowie Studienberatung einstellen.

„Dieses Qualitätsniveau zu erhalten, geschweige denn auszubauen, ist für viele Hochschulen jetzt leider nicht mehr möglich“, befürchtet Freimuth. Das werden die Studierenden im Alltag spüren. „Statt für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, schwächt Rot-Grün die Hochschulen zu Lasten der Studierenden.“ ■



Von marinen Metaphern hin zu dringenden Debatten

„Mann über Bord“, „Untergang“, „Klarmachen zum Kentern“ – mit den Ereignissen der vergangenen Wochen in unserer Fraktion haben wir Fans nautischer Untergangsszenarien offensichtlich in Verzückung versetzt. Und tatsächlich war Robert Steins Fraktionsaustritt ein Schlag vor den Bug für uns. In Schiefelage geraten sind wir deshalb nicht – weder nach links noch nach rechts.

Stattdessen bleiben wir – Achtung Metapher!! – weiter auf Kurs und widmen uns auch in der kommenden Plenarphase wieder dringenden Themen. Wir legen beispielsweise einen Gesetzentwurf vor, demzufolge endlich alle Sparkassen die Bezüge ihrer Führungskräfte im Internet offenlegen müssen. Laut Finanzministerium haben 29 Sparkassen diese Einkünfte bislang nicht in dem vom Gesetzge-

ber beabsichtigten Umfang veröffentlicht – obwohl das ausdrücklicher Wille aller Fraktionen bei der Verabschiedung des Transparenzgesetzes im Jahr 2009 gewesen ist. Acht Sparkassen weigern sich beharrlich, auch nur ansatzweise vollständige Angaben zu machen. Das können wir nicht akzeptieren!

Wir pochen auch darauf, dass Minister Walter-Borjans seine Ankündigung, die Landesbehörden würden auf Ökostrom umsteigen, endlich in die Tat umsetzt. Bereits im Jahr 2011 hat er versprochen, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Stromverträge für den Zeitraum ab 2013 nach ökologischen Kriterien neu ausschreiben wird. Doch bisher ist nichts geschehen.

Die Themen der neuen Piraten-Anträge reichen außerdem von der Aussetzung der

Sanktionen gegen ALG-II-Empfänger über die Neukonzeption des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und mehr Transparenz in der Arbeit der Rundfunkkommission bis zu einer Initiative, Vorschulkinder kostenfrei Bus und Bahn fahren zu lassen. Wir freuen uns auf die Debatten. Ahoi, und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel! ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



Portrait: Sigrid Beer (Grüne)



Sigrid Beer ist Parlamentarische Geschäftsführerin der 29-köpfigen Landtagsfraktion der GRÜNEN – doch die Leidenschaft der 57-Jährigen bleibt ihr Fachgebiet: die Schulpolitik. „Daran hängt mein Herz“, sagt die Diplom-Pädagogin. Der Kampf um die erste Gesamtschule in ihrer Heimatstadt Paderborn hat Beer in die Politik gebracht.

Ab 1989, nach der Geburt ihres dritten Kindes, engagierte sie sich in einer Elterninitiative – und die hatte nach nur neun Monaten Erfolg: „Eine auslaufende Hauptschule, deren Gebäude übernommen werden konnte, hatte nur 17 Anmeldungen. Die Gesamtschule, für die wir geworben haben, hatte dann 180.“

Die Zahlen hat Beer, die an der Gesamthochschule Paderborn Erziehungswissenschaft, Psychologie, Soziologie ebenso studiert hat wie evangelische Theologie, auch 24 Jahre später parat. Denn vom Konzept des gemeinsamen Lernens ist die GRÜNE überzeugt: Schule solle die Demokratie stärken, argumentiert die Mutter zweier Töchter und eines Sohns. „Die Gesamt-

schule hält Bildungswege offen, sorgt für mehr Bildungsgerechtigkeit.“ Wer Jugendlichen dagegen signalisiere, für sie gebe es „keinen Platz, keine Chance“, der treibe die Enttäuschten „rechten Rattenfängern“ in die Arme.

Als konservativ beschreibt sich die Ostwestfalin trotzdem – als „wertkonservativ“, betont sie. „Ich komme aus einer der beiden K-Gruppen“, sagt Beer lächelnd mit Blick auf die 68er-Vergangenheit vieler GRÜNER. Die Christin, seit 2010 nebenamtliches Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen, arbeitet seit Jahrzehnten in kirchlichen Gruppen mit. Mit Werten wie Menschenwürde, Solidarität, die Erhaltung der Umwelt begründet Beer ihr Engagement – zuerst 1994 als Sachkundige Bürgerin im Bezirksausschuss von Paderborn-Elsen: „Das war meine erste Begegnung mit politischen Gremien.“

Parteimitglied ist Beer seit 1999. „Wegen des Themas Bildungsgerechtigkeit hatte ich das Gefühl, bei den GRÜNEN richtig zu sein.“ Im gleichen Jahr zog sie in den Paderborner Rat ein, war 2004 und 2009 Bürgermeisterkandidatin. 2005 glückte der Sprung in den Landtag. In Düsseldorf landete sie nach Jürgen Rüttgers' Wahlsieg prompt in der Opposition – ein Gefühl, das sie als evangelische, grüne Frau aus der katholischen Bischofsstadt kennt. Paderborn sei aber längst nicht so „miefig“ wie sein Klischee, findet sie: Die Uni und viele neue Unternehmen hätten dafür gesorgt, dass die Stadt noch immer wachse, es auch „andere Lebensentwürfe“ gebe.

„In Düsseldorf habe ich trotzdem einen Migrationshintergrund“, lacht die Politikerin, die von montags bis freitags im Gästehaus des Landtags an der Düsseldorfer Wasserstraße übernachtet. Ihre erste Karnevalsrede hat Beer im Parlament gehalten. In Westfalen gebe es mit den Schützenfesten eben eine „andere Art von Geselligkeit“. Mitglied im Schützenverein wie etwa Baden-

Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist sie aber nicht: Anders als der Realo versteht sich Beer als „Zentristin“, die das Lagerdenken innerhalb der Partei bedauert.

Für ihre Wahl zur Parlamentarischen Geschäftsführerin 2010 war das gute Voraussetzung. Natürlich kennt Beer den Begriff „whip“, also „Peitsche“, mit dem die Parlamentarischen im angelsächsischen Raum oft bezeichnet werden. Ernsthaft anfangen kann Beer mit dem Begriff aber nichts. „Das steht für keinen modernen Führungsstil“, wehrt sie ab. Führen will sie die Fraktion stattdessen auf einer „Vertrauensbasis“ mit „offener Kommunikation“.

Erleichtert wird das durch die schwindende Spaltung der NRW-GRÜNEN in Linke und Realos. „Wir sind eine Fraktion, machen gemeinsam Politik“, wirbt die Parlamentarische für „grüne Eigenständigkeit“. Fast scheint es, als trauere Beer der Zeit der rot-grünen Minderheitsregierung ein wenig hinterher: Nicht zuletzt der Schulkonsens habe mit Einführung der Sekundarschule gezeigt, dass „alte Grabenkämpfe“ auch zwischen den großen politischen Lagern beigelegt werden könnten. „Ich bedauere, dass diese Offenheit nicht mehr da ist“, sagt Beer.

Einer schwarz-grünen Bundesregierung gibt sie aktuell dennoch kaum eine Chance. Zu groß sei die „Lagerorientierung“ zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb im Wahlkampf gewesen. Für ein schwarz-grünes Bündnis müsste die Union unverhandelbare Positionen etwa beim Betreuungsgeld räumen, den GRÜNEN bei der Förderung erneuerbarer Energieträger weit entgegenkommen. Schwarz-Grün gefährde aber auch die „Glaubwürdigkeit“ ihrer eigenen Partei: Nach einem dezidiert linken Wahlkampf, findet Beer, könnten die GRÜNEN jetzt das Thema „soziale Gerechtigkeit nicht einfach über Bord werfen“.

Andreas Wyputta

Landtag fordert EU-Informationsbüro

Das Europäische Parlament soll ein Informationsbüro in Bonn einrichten – das ist der einstimmige Wunsch der Landtagsabgeordneten. Das Plenum hat dazu einen gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, GRÜNEN, FDP und PIRATEN angenommen.

Es gehe darum, die parlamentarische Arbeit des einzigen direkt gewählten EU-Gremiums transparenter zu machen, erklärten die Abgeordneten. Ein Informationsbüro ermögliche eine bessere Teilhabe der Menschen an den Diskussionen und Entscheidungen des Parlaments.

Die Informationsbüros haben die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort über die Tätigkeit des Europäischen Parlaments zu in-

formieren und ihnen diese näher zu bringen. Die Büros dienen außerdem als Anlaufstelle für einfache Fragen bis hin zu komplexen Recherchen rund um das Europäische Parlament und die EU im Allgemeinen.

Mit dem Antrag fordert der Landtag die Landesregierung auf, auf allen Ebenen die Einrichtung des Informationsbüros in Bonn zu unterstützen. Außerdem appelliert der Landtag in dem Antrag an die nordrhein-westfälischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments, „sich nach Möglichkeit mit einem überparteilichen Schulterschluss für die Einrichtung eines Informationsbüros am Standort Bonn einzusetzen und diesbezügliche Initiativen voll zu unterstützen“.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de



Carina Gödecke,
Landtagspräsidentin



Sylvia Löhrmann,
Stellv. Ministerpräsidentin

Heiter bis fröhlich

Eine runde Sache feiert Geburtstag



Dirk Elbers, Düsseldorf
Oberbürgermeister



Bernd Stelter

11. Oktober 2013 – Begeht man besondere Geburtstage und Jubiläen, gar mit einem Festakt, so ist das stets eine besondere Sache. So auch diesmal. Allerdings stand beim Silberjubiläum des Landtagsgebäudes neben allem Feierlichem und verdientem Dank vor allem ein Begriff im Mittelpunkt: die Freude. Die Freude über ein geglücktes, transparentes, einladendes Bauwerk. Die Freude, dass so viele Bürgerinnen und Bürger den Landtag als ihr Haus begreifen. Die Freude, dass rund 600 Gäste zum Festakt erschienen waren. So konnte Landtagspräsidentin Carina Gödecke auf ein erfolgreiches Vierteljahrhundert Landtag am Rhein zurückblicken. Um dann dafür zu werben, auch weiterhin mit Leidenschaft, Verantwortungsgefühl, Augenmaß und Freude ans Werk zu gehen.

In die heitere Grundstimmung der Feier fügten sich denn auch die anderen Glückwünsche und Grußbotschaften ein: live von der stellvertretenden Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann, Oberbürgermeister Dirk Elbers und dem Kabarettisten Bernd Stelter, per Video unter anderem von Ranga Yogeshwar, Jenny Jürgens, Claudia Kleinert und Apollo-Nachbar Bernhard Paul.

Einen weiten Bogen spannte die Musik, die die Feier umrahmte. Sie führte von Händels Wassermusik über „Land of Hope and Glory“ des Landespolizeiorchesters, den neu gegründeten Kinderchor der Düsseldorfer Gemeinschaftsgrundschule Am Köhnen, die Lipperoder Burgschwalben bis hin zum Break Dance von Urbanatix: Unterschiede fügten sich zusammen und bildeten im Rund ein harmonisches Ganzes. *cw*



Fotos: Schälte

Geburtstage

16. Oktober bis 26. November 2013

| | |
|---|----|
| 22.10. Jung, Volker (CDU) | 45 |
| 23.10. Schemmer, Bernhard (CDU) | 63 |
| 25.10. Gödecke, Carina (SPD) | 55 |
| 28.10. Bolte, Matthi (GRÜNE) | 28 |
| 29.10. Jahl, Armin (SPD) | 66 |
| 2.11. Zentis, Gudrun (GRÜNE) | 60 |
| 3.11. Kramer, Hubertus (SPD) | 54 |
| 3.11. Schwerd, Daniel (PIRATEN) | 47 |
| 4.11. Eiskirch, Thomas (SPD) | 43 |
| 5.11. Wagener, Tanja (SPD) | 41 |
| 7.11. Neumann, Josef (SPD) | 53 |
| 8.11. Asch, Andrea Ursula (GRÜNE) | 54 |
| 14.11. Brand, Simone (PIRATEN) | 46 |
| 15.11. Ünal, Arif (GRÜNE) | 60 |
| 19.11. Schulze Föcking, Christina (CDU) | 37 |
| 21.11. Golland, Gregor (CDU) | 39 |
| 22.11. Schäffer, Verena (GRÜNE) | 27 |
| 23.11. Müller-Witt, Elisabeth (SPD) | 60 |
| 26.11. Blask, Inge (SPD) | 54 |

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

| | |
|--|----|
| 7.11. Jacobs, Gerhard (CDU) | 75 |
| 14.11. Thulke, Jürgen (SPD) | 75 |
| 22.11. Tornau, Hans Joachim (FDP) | 90 |
| 22.11. Strothmann, Karl Ernst (CDU) | 85 |
| 26.11. Wagner-Watzlawski, Christel (CDU) | 80 |

Treffen & Termine

5.11. Veranstaltung anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Landesstelle NRW

5.11. Parl. Abend Schützenbrauchtum

13.11 bis 29.11. Ausstellung „Menschenschicksale – Die deutsche Staatsangehörigkeit im Dritten Reich“

10.11. Gedenkveranstaltung Reichspogromnacht

16.11. Landesfeier Volkstrauertag (Velbert)

27.11. Tagespräsentation AIDS-Hilfe

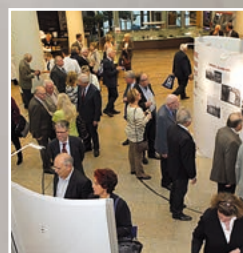
Bis zum Jahresende: Jubiläumsausstellung „konvex konkav komplex. Der Landtag NRW - 25 Jahre am Rhein. Offenheit und Transparenz“.

Die Ausstellungen sind montags bis freitags von 9.00-16.00 Uhr zu besichtigen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten (Tel. 0211 884-2129, veranstaltungen@landtag.nrw.de).

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Thomas Weckelmann, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, haben vor der Plenarsitzung eingeladen: am 17. Oktober 2013 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



25 Jahre Landtagsgeschichte ...

... erzählt die Ausstellung „konvex konkav komplex“, die noch bis Ende des Jahres in der Bürgerhalle des Landtags zu sehen ist. In Bildern, Schlagzeilen und Kurztexten geht es immer wieder um Offenheit und Transparenz, um politische Entwicklungen, um Begegnungen und die Arbeitsweise des Parlaments. „Konvex, konkav, komplex!“ – so titelte damals die Frankfurter Allgemeine Zeitung anlässlich der Eröffnung des Neubaus des Parlamentsgebäudes vor 25 Jahren am Rhein. Was sich in dem Vierteljahrhundert im Landtag vor und hinter den Kulissen der Runden aus Sandstein ereignet hat, dokumentiert die Ausstellung, zu der es auch einen begleitenden Katalog gibt, zu bestellen bei der Infothek des Landtags unter Telefon (0211) 884-2112 oder per Mail: infothek@landtag.nrw.de.

Foto: Schälte